H. W. L.
JAN 28 1931

Saar-Freund

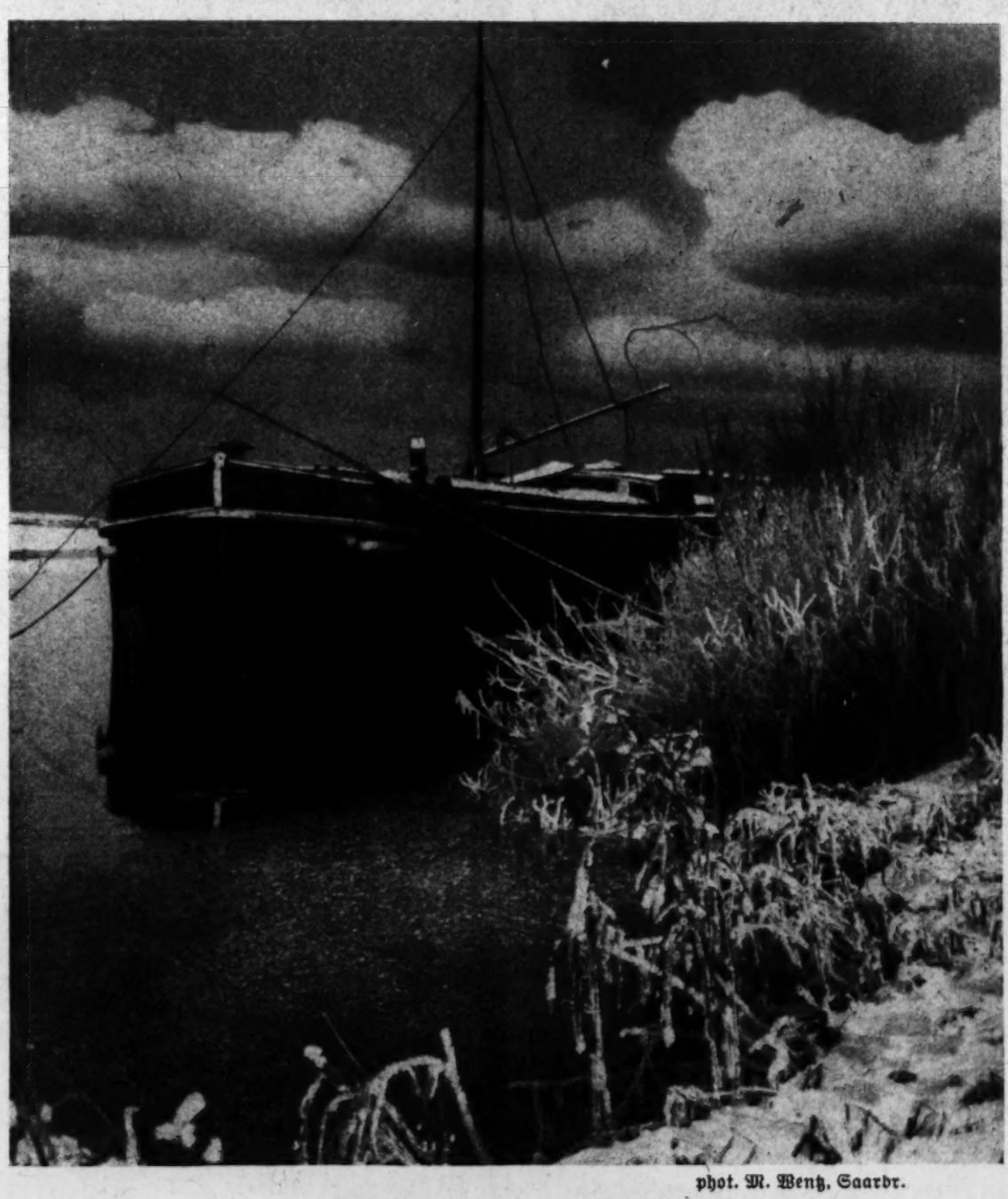
Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 1 · 12. Jahrgang

Berlin, den 1. Januar 1931

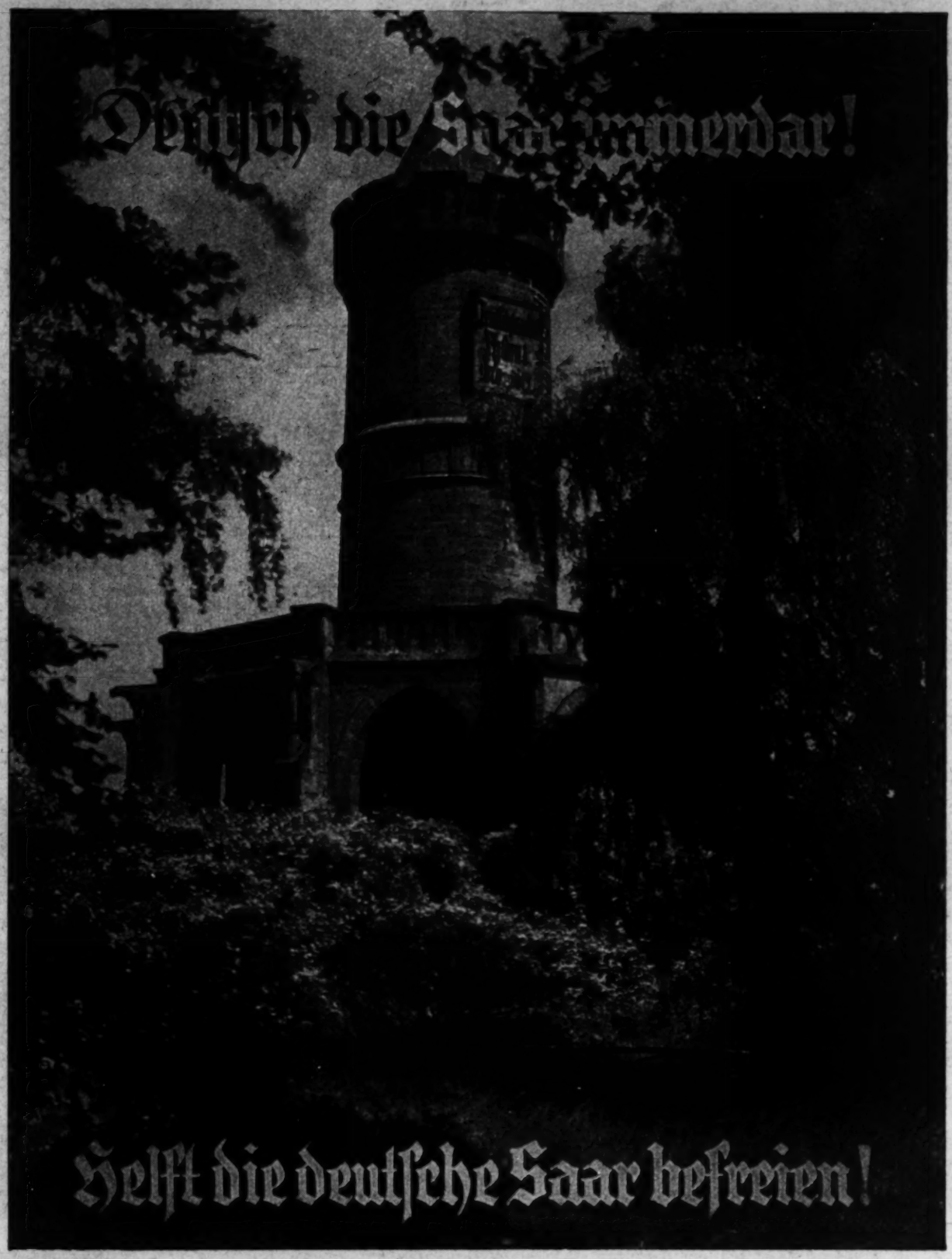
Vor einer Wendung in der Saarfrage?



phot. M. Wentz, Saarbr.

Rauhreif an der Saar

Sie lügen und lugen an allen vier Enden,
Um jegliches Unrecht in Recht zu wenden.
Wenn die Franzosen die Völker beglücken,
Bringen Joch sie und Knechtschaft mit listigen Tücken.



Ein Merkblatt
mit 28 ganz- und 50 halbseitigen wundervollen
Kupfertiefdruck-Bildern aus dem Saargebiet
von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin

Preis
RM. 1.50

Bestellen Sie noch heute

bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Berlin SW. 11, Stresemannstraße 42

Jeder muß die Druckschrift lesen!

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 1 12. Jahrgang 70103 **Berlin, den 1. Januar 1931**

Vor einer Wendung in der Saarfrage?

Ein Ausblick am Jahresbeginn

Als auf der letzten Vollversammlung des Völkerbundes der Beschluß gefaßt wurde, den Saarbahnschutz bis spätestens Ausgang des Jahres 1930 zurückzuziehen, wurde er von einigen führenden deutschen Blättern unter völliger Verkennung der Sachlage begrüßt mit der Ueberschrift: „Die Saar frei!" Regierungskommission und Frankreich haben zur Ausführung dieses Beschlusses noch nahezu vier Monate gebraucht. Erst zwei Wochen vor Ablauf des Jahres wurde der Saarbahnschutz endgültig zurückgezogen. An der Saarpolitik selbst aber hat sich nichts geändert. Es mag sein, daß man inzwischen auch in Frankreich eingesehen hat, wie kurzsichtig man während der deutsch-französischen Saarverhandlungen handelte, als man glaubte, von Deutschland über das reichlich weitgehende deutsche Angebot hinaus weitere deutsche Zugeständnisse erlangen zu können. Das zeigte sich in einer Betrachtung eines linksstehenden Pariser Blattes, das den rein deutschen Charakter des Saargebiets ausdrücklich hervorhob, aber dennoch die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Saarverhandlungen erhoffte unter der Voraussetzung, daß von Deutschland ein neues Angebot gemacht würde.

Beim Jahreswechsel wird man also festzustellen haben, daß bei der Fortentwicklung der Saarfrage jene Bestrebungen außer Betracht blieben, wie sie mit der Locarno-Politik festgelegt und in der bekannten September-Resolution der sechs Locarnomächte von 1928 bestätigt wurden, nämlich „alle Kriegsfragen, die der Aussöhnung der einst feindlichen Mächte entgegenstehen, zu liquidieren". Man könnte die Entwicklung der Saarfrage so darstellen, daß man zwangsläufig, also um jeden Schritt innerlich ringend, jener Strömung gefolgt ist, die fälschlicherweise Monate und Jahre hindurch als „Befriedigungs- und Ausgleichspolitik" bezeichnet wurde. Frankreich und seine Trabanten haben gerade in der Saarfrage den Beweis erbracht, daß alle schönen Reden von der Schaffung eines dauernden Friedens, von einem friedlichen Ausgleich der Gegensätze, von der Idee eines Pan-Europa und wie alle diese schönen Schlagworte heißen mögen, doch eben nur Schlagworte sind, dazu bestimmt, den Völkern ein falsches Bild von den Zielen und Bestrebungen der Versailler Machthaber zu geben. Der kurz vor Jahresschluß gestürzte Tardieu, der lange Zeit selbst seine politischen Freunde über seine außenpolitischen Pläne im Unklaren gelassen hat, hat wenige Tage vor seinem Sturz ein so eindeutiges Bekenntnis seiner politischen Ziele abgegeben, daß man auch in den gläubigsten deutschen Kreisen zu begreifen begann, wie wenig Deutschland Erleichterungen von Frankreich zu erwarten hat. Tardieu will für alle Zukunft die Ungleichheit zwischen „Sieger-" und Besiegten-Mächte aufrechterhalten. Und dieser selbe Tardieu hat einst die französischen Saarforderungen formuliert und als getreuer Mitarbeiter Clemenceaus schließlich das Versailler Saarkompromiß verurteilt, weil es den französischen Forderungen nicht völlig gerecht wurde. Deshalb konnte unter Tardieu niemals eine gerechte Saarregelung zustande kommen.

Inzwischen ist die Leitung der französischen Politik auf ein Kabinett übergegangen, das mehr Sympathien in den französischen Links- als Rechtskreisen genießt. Es wird erklärt, daß in dem Kabinett Steeg Briand mit seiner Außenpolitik weniger Schwierigkeiten zu überwinden haben werde, als es im Kabinett Tardieu der Fall war. Es entsteht die große Frage, ob aus dieser Tatsache Erleichterungen für das Saargebiet oder gar die Möglichkeit neuer deutsch-französischer Saarverhandlungen auf gerechterer Basis zu erwarten sein werden. Wenn man voraussetzt, daß das neue französische Kabinett sich längere Zeit wird halten können, dann wäre denkbar, daß die deutsch-französischen Saarverhandlungen im neuen Jahre wieder in Fluß kommen; nicht deshalb, weil der neue politische Kurs in Frankreich sich für eine gerechtere Politik gegenüber Deutschland einsetzt, sondern weil nach der Ansicht Briands in freier Vereinbarung mit Deutschland jetzt in der Saarfrage mehr für Frankreich herausgeholt werden könnte, als wenn die Saarliquidierung nach den Bestimmungen des Versailler Diktats auf Grund der für 1935 vorgesehenen Volksabstimmung vor sich gehen würde. Briand hat schon vor Monaten sich dahin ausgesprochen, daß heute Frankreich für eine vorzeitige Rückgliederung des Saargebiets seine Forderungen stellen könnte. Nach einem terminmäßigen Ablauf des Saarregimes kämen aber nur die Bestimmungen des Saarstatuts in Frage. Diese sehen auf Grund einer Befragung der Bevölkerung die Entscheidung des Völkerbundes vor, die bei einer Abstimmungsmehrheit für Deutschland hinsichtlich der Saargruben nur eine Bestimmung enthält, nämlich Rückkauf der Saargruben zu einem von einer gemischten Kommission festgesetzten Preise. Es kommen dann keine Mitbeteiligung Frankreichs, kein besonderes Wirtschaftsregime, keine Anerkennung der Pachtverträge, keine Sonderrechte für den französischen Handel und was derartige französische Wünsche mehr sind, in Frage. Ueber den Kaufpreis entscheidet eine Kommission und damit ist die ganze Saarrückgliederungsfrage ausgestanden.

Das ist die Rechtslage, wie sie von Briand durchaus erkannt ist. Es gibt aber in Frankreich Kreise, die politische und wirtschaftliche Interessen vertreten und keineswegs einflußlos sind, die immer noch hoffen, mit Hilfe einer finanziell reichlich ausgestatteten Propaganda und mit Hilfe des durch den französischen Saargrubenfiskus auszuübenden Druckes einen Teilerfolg im Saargebiet erreichen zu können, der Frankreich über die Versailler Bestimmungen hinaus eine Einflußbasis an der Saar sichert. Mit diesen Kreisen und ihrer Propaganda wird man im neuen Jahre in verstärktem Maße rechnen müssen.

Wir haben in der rückliegenden Zeit nur zu oft erfahren, wie geschickt die französische Pressepropaganda für die französischen Interessen zu arbeiten versteht. Wir erhielten erst in diesen Tagen wieder den Beweis in der Frage des Polen-Terrors gegen die nationalen Minderheiten. Eine Unterredung des polnischen Gesandten in Paris mit Briand genügte für die Ausgabe eines Stichwortes und der entsprechenden „Informationen", um die gesamte französische Presse mit wenigen Ausnahmen in den Dienst einer französisch-polnischen Kampagne gegen die deutschen Protestnoten gegen den polnischen Wahlterror zu spannen. Man kann sich daraus leicht ein Bild davon machen, welchem Trommelfeuer der französischen Propaganda-

presse die große Oeffentlichkeit ausgesetzt werden wird, wenn die Entscheidungsstunde für die Saar schlägt.

Es ist notwendig, an alle diese Dinge zu erinnern, wenn wir in ein neues Jahr saardeutschen Freiheitskampfes eintreten. Dieser Kampf wird um so schwerer, je größer der Zeitabstand von der Räumung des Rheinlandes wird und je teilnahmsloser die deutsche Oeffentlichkeit an den saarpolitischen Fragen vorübergeht. Der eingangs erwähnte Satz von der „Befreiung der Saar" ist nicht nur ein Zeichen der Verkennung der ernsten Seite der Saarfrage, sondern ein betrübliches Zeichen für das mangelnde Verständnis, das man in Deutschland der Saarfrage entgegenbringt. Die Verhältnisse werden auch dadurch nicht erleichtert, daß sich das deutsche Volk in parteipolitischem Fanatismus zerfleischt und Fragen, die an das nationale Gewissen des Volkes pochen, zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung macht. Wir erleben es gerade auch in unserm saarpolitischen Abwehrkampf immer wieder aufs neue, daß dem einen eine Stellungnahme „nationalistisch" erscheint, die von der andern Seite als „pazifistisch" gilt.

Soweit sind wir in Deutschland gekommen, daß wir Fragen nationaler Forderungen und nationaler Würde nicht mehr unter dem gleichen Gesichtspunkt nationalen Denkens zu beurteilen verstehen. Dadurch hat der Franzose ein leichtes Spiel, die Saarfrage zu seinem Gunsten zu gestalten. Es ist gewiß bedauerlich, daß in solchen Fällen gerade auf den Versailler Vertrag zurückgegriffen werden muß, um überhaupt eine Rechtsbasis zu finden, die davon ausgeht, daß das Saargebiet in der von Frankreich in Versailles geforderten Abgrenzung nicht aufgehört hat, deutsches Reichsgebiet zu sein. Nur von dieser Grundlage darf ausgegangen werden, wenn es sich darum handelt, die Rückgliederung des Saargebiets zu klären. Das Saargebiet als solches muß unversehrt ohne irgendwelchen Verzicht auf saardeutschen Boden und auf saardeutsches Volk der deutschen Staatshoheit zurückgegeben werden. Dazu gehört das gesamte Eigentum staatlichen, gemeindlichen oder privaten Charakters. Dazu gehört auch die Wirtschafts- und Zollhoheit, die sich restlos mit der Staatshoheit deckt und in Zukunft decken muß. Das umkämpfte Saargebiet darf gerade wegen seines dadurch empfindlichen politischen Charakters nicht das Versuchsfeld für wirtschaftliche oder politische Experimente abgeben, sei es als Versuchsfeld für den Paneuropa-Gedanken oder für jene Idee, die von einem Völkerbundsterritorium und dem Sitz des Völkerbundes handelt. In allen diesen Fällen würde man der Bevölkerung dieses Gebietes Gewalt antun, die nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur rein deutsch ist und rein deutsch war ein Jahrtausend hindurch.

Auch ein weiteres erscheint notwendig festzustellen, weil es im Interesse einer gradlinig geführten deutschen Saarpolitik liegt. Vor reichlich zehn Jahren ist der Bund der Saarvereine bzw. die Geschäftsstelle Saarverein ins Leben gerufen worden mit der Aufgabe, über die Verhältnisse an der Saar und über die Wahrheit der Saarfrage Aufklärung zu verbreiten, und die Bevölkerung des Saargebiets in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen. Dieser Aufgabe hat sich diese Organisation mit ihren Orts- und Landesgruppen, mit ihrer Zeitschrift der „Saarfreund" und mit zahlreichen Flugschriften mit Zähigkeit und Erfolg unterzogen. Es ist ihr mehr denn einmal von den verschiedensten berufenen Stellen bestätigt und impulsiv zum Ausdruck gebracht worden, daß ohne diese Aufklärungsarbeit die Saarfrage niemals so Gemeingut des deutschen Volkes geworden wäre, wie es jetzt der Fall ist. Jetzt, wo es dem Schlußkampf zugeht, machen sich in gewissen Kreisen Strömungen bemerkbar, sich dieser Aufklärungsarbeit zu bemächtigen. Es sind, was ausdrücklich festgestellt werden mag, leider wieder parteipolitische Unterströmungen, die hier hineinspielen. Diesen Kreisen sei hier ausdrücklich und entschieden erklärt, daß der Bund der Saarvereine sich die Führung in dem Abwehrkampf für das Saargebiet nicht aus der Hand winden lassen wird. Er hat in diesen zehn Jahren einen schweren Kampf, vor allem um die Beibringung der notwendigen Kampfmittel geführt, er hat den Abwehrkampf auch in den schwierigsten aller deutschen Notzeiten, der Inflationszeit, hindurchgeleitet und ist aller Widerwärtigkeiten Herr geworden. Er ist nicht willens, jetzt nach der Liquidierung anderer Organe aus parteipolitischem und persönlichem Egoismus den Schlußkampf an einen anderen abzutreten. Wir warnen rechtzeitig!

Unser Wille ist es, mit der Bevölkerung des Saargebiets und mit ihren politischen Vertretern und in Uebereinstimmung mit der Politik des Reiches und der beteiligten Länder unser Letztes einzusetzen dafür, daß das Wort des verstorbenen Außenministers Dr. Stresemann erfüllt werde: „Kein Quadratmeter deutschen Bodens und kein Pfund deutscher Kohle an der Saar darf preisgegeben werden." Dieses Wort, das in der gesamten Saarbevölkerung begeisterten Widerhall gefunden hat, das von der preußischen und bayerischen Staatsregierung als einzige

Der erste deutsche Saarfilm

„Das deutsche Land an der Saar."

In Berlin wurde im Rahmen einer Vortragsreihe „Verkehr und Industrie" des Reichsbundes deutscher Technik ein Film unter dem obigen Titel der Oeffentlichkeit übergeben, der gemeinsam von der Filmstelle des Reichsbundes und dem Saarverein durchgeführt wurde. Der Vorsitzende der Bundesfilm-A.-G., Oberbaurat Brüggemann, wies in seinen begrüßenden Worten auf den schweren Kampf des Saarlandes um seine Freiheit hin und hob hervor, wie wichtig für die Propaganda für dieses westliche Bollwerk des Deutschtums der Film „Das deutsche Land an der Saar" sei. Weiter gab der Redner einen gedrungenen Ueberblick über die Versailler Saargebietsregelung und sprach die Hoffnung aus, daß der Film nicht nur in allen deutschen Städten, sondern auch im Ausland gezeigt werde, um dem deutschen Volk und der ganzen Welt Kunde zu geben von dem Unrecht, das dem Saargebiet und seiner treudeutschen Bevölkerung widerfahren sei.

Zur Einführung in den Film und in das Saarproblem hielt dann Verwaltungsdirektor Theodor Vogel einen Vortrag, in welchem er zur Kennzeichnung des dortigen Grenzlandkampfes Geschichte, geographische Lage, landschaftliche Schönheiten und wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets schilderte. Ein solches Gebilde, wie es im Saargebiet geschaffen wurde, habe es vorher niemals gegeben. Auch eine Bezeichnung „Saargebiet" habe man früher nie gekannt. Das Land an der Saar sei in Wirklichkeit nationaldeutsches Gebiet. Dem hohen Wert des Landes entspreche aber auch der Wert der Bevölkerung, die nach Sprache, Sitte und Kultur nur deutsch sei, und dieser Wert beruhe in dem außerordentlich starken Volksbewußtsein. Von den 800 000 Einwohnern sei durchschnittlich jeder Zehnte Bergmann, jeder Fünfzehnte Hüttenmann und Metallarbeiter. Durch das Versailler Diktat sei der französische Staat eine Zeitlang Besitzer der Saargruben geworden, indem ihm auf Grund entsprechender Bestimmungen alle Schachtanlagen mit allem, was dazu gehöre, schulden- und lastenfrei übergeben worden sei. Seit der Uebernahme der Saargruben am 20. Januar 1920 bis Ende 1929 habe Frankreich schon über 120 Millionen Tonnen Kohlen aus den Saargruben herausgeholt und damit einen Reingewinn in Goldmark von über 200 Millionen eingesteckt. Die im Saargebiet lagernden Kohlenmengen seien auf Grund der von der preußischen Bergverwaltung vor Jahren vorgenommenen Teilbohrungen festgesetzt, beispielsweise bis zu einer Tiefe von 1000 m auf 5½ Milliarden Tonnen Kohle, welche Kohlenmenge bei der heutigen Jahresförderung von 13—14 Millionen Tonnen noch über 400 Jahre reichen werden. Das besage genug, welches finanzielle Interesse Frankreich an den Saargruben habe. Redner gab dann einen kurzen Ueberblick über die Saargebietsregelung, wie sie das Versailler Diktat vorschreibe und erinnerte daran, wie der Franzose Ebray in seinem Buche „Der unsaubre Frieden" gesagt habe, daß Frankreich bezüglich der Saarbestimmungen ein dreifaches Ziel verfolgt habe: Den Einfluß Deutschlands auszuschalten, dafür den Frankreichs einzusetzen und endlich ihm die Mittel in die Hand zu geben, das in Wirklichkeit deutsche Land zu entnationalisieren, zu entgermanisieren, damit am Ende der 15 Jahre die Abstimmung gegen Deutschland sei. Die Enthüllungen über das Zustandekommen des Saarstatuts verdanke man dem jetzt gestürzten Ministerpräsidenten Tardieu, den man mit Clemenceau für die Saarlüge verantwortlich machen müsse. Wie letztere zustande gekommen sei, legte er an der Hand wertvollen Materials dar und betonte, daß Frankreich bei den Friedensverhandlungen tatsächlich zu der Fälschung einer Urkunde gegriffen habe, um das Ziel der Abtrennung des Saargebiets von Deutschland zu erreichen. Nachdem er auf die bekannte Warndt-

Basis für die Lösung der Saarfrage angesehen wird, ist ein Vermächtnis, das die Reichsregierung übernommen und einzulösen hat. Der schließliche Abbruch der Pariser Saarverhandlungen und das von Frankreich bisher vergeblich erwartete neue deutsche Verhandlungsangebot geben den Beweis dafür, daß die Reichsregierung gewillt ist, dieses Vermächtnis getreulich zu verwalten. Sie wird den Saarverein dabei an ihrer Seite finden. Der deutschen Opfer für Frankreich sind genug; jetzt kann es nur noch nach den vertraglichen Bestimmungen gehen, wenn die Lösung der Saarfrage erneut zur Besprechung gestellt wird.

R. P.

Wieder ein Jahr Saarnot zu Ende

Als in der Mitternachtsstunde des 30. Juni 1930 im ganzen Rheinland und in der Pfalz die Glocken von Kirchen und Türmen das Ende der Fremdherrschaft einläuteten, und Millionen Menschen mit unbeschreiblichem Jubel den Anbruch des ersten Freiheitstages begrüßten, standen vor dem Saarbrücker Rathaus viele tausend Saarländer unter dem nächtlichen Himmel und sangen in der Mitfreude über die Erlösung ihrer Brüder links des Rheines das Niederländische Dankgebet. Zur gleichen Stunde traf in Trier die Staffette der Saarturner ein, um der befreiten Schwesternstadt den treuen Gruß der Stadt Saarbrücken zu überreichen, der folgende Worte enthielt: **„Noch harren wir selbst der Befreiungsstunde für die Saar, aber in der felsenfesten Erwartung, daß sie bald für uns schlägt, und zwar ohne Einbuße an Gerechtsame, Land und Ehre."**

So sprach ein Volk, das zehn Jahre lang selbst die furchtbaren Fesseln einer rücksichtslosen Gewaltherrschaft ertrug und noch erdulden muß. Kernig und fest klang dies, ein Bekenntnis deutschen Mannesmutes, auch in der höchsten Not und in einer Flut heimtückischer Verlockungen treu zu bleiben dem Vaterlande und keinen Fußbreit deutscher Erde und keines der uralten Rechte sich vom Feinde entreißen zu lassen.

Und doch, wir wissen es, daß in dieser Stunde die Brust eines jeden Saarländers von einem schweren Druck belastet war. Wie lange würde die Knechtschaft noch dauern? Schon in diesen Tagen ahnte man es, daß die sich seit Monaten hinschleppenden Verhandlungen in Paris zur Rückgliederung des Saargebiets nur wenig Hoffnung auf baldige Erlösung gaben. In der Tat, schon am 5. Juli, also 5 Tage nach der Rheinlandbefreiung, stieg über den rheinischen Freudenfesten ein Schatten auf. Die Saarverhandlungen waren ergebnislos abgebrochen worden. Es bestand keine Möglichkeit mehr, daß das Saargebiet noch im Jahre 1930 frei werden konnte. Noch heute weiß niemand, wann die Fremdherrschaft ein Ende finden wird.

Wie die Saarverhandlungen scheiterten?

Frankreichs Wahnsinnsforderungen.

Die Saarverhandlungen, die am 21. Nov. 1929 begonnen und zu einer Weihnachtspause unterbrochen worden waren, wurden am 14. Januar wieder aufgenommen, ohne daß man auf ein bisheriges Verhandlungsergebnis zurückgreifen konnte. Von vornherein hatten sich die Franzosen auf Forderungen versteift, die überhaupt keine Diskussionsbasis ermöglichten. Als Rückkaufpreis wurde sogar die tolle Summe von 3 Milliarden genannt, obwohl Deutschland im Jahre 1919 nur 300 Millionen dafür auf Reparationskonto gutgeschrieben worden waren und der Grubenzustand durch den französischen Raubbau ungeheuer gelitten hat. Frankreich verlangte die Uebertragung der Saargruben an ein deutsch-französisches Konsortium, um damit den deutschen Einfluß auf die Saarkohlenwirtschaft auszuschalten bzw. zu vermindern. Als sie damit nicht durchdrangen, verlangten die französischen Unterhändler die Verpachtung eines Teiles der Saargruben, zumindest der Privatgruben, und forderten weiter die Ausdehnung der für das Warndtgebiet getätigten Pachtverträge auf die linkssaarischen Felder. Ein anderer „Kompromiß"-Vorschlag suchte die französische Beteiligung an der Produktion und dem Verkauf der Saarkohlen über 2,5 Millionen Tonnen festzulegen. Die französischen Bestrebungen liefen demnach offensichtlich darauf hinaus, den in den Jahren der Fremdherrschaft gehabten Einfluß Frankreichs auf das Saargebiet aufrechtzuerhalten.

Der Raub im Warndt.

Auch die Pachtverträge im Warndt spielten in den Pariser Verhandlungen eine bedeutsame Rolle. Prof. Dr. Walter Schücking hat zu dieser Frage seinerzeit im „Saarfreund" u. a. folgendes geschrieben: „Es ist wahrlich mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht zu vereinbaren, wenn Frankreich als privater Berg-

---

gefahr hingewiesen und hervorgehoben hatte, wie unter der preußischen Landesgrenze hinweg auf Grund der Pachtverträge, die die französische Bergwerksdirektion auf französischen Bergwerken abgeschlossen und die der Treuhänder des Völkerbundes, die Saarregierungskommission, sanktioniert habe, streifte er kurz die zum Abbruch gekommenen Saarverhandlungen in Paris, um dann hervorzuheben, wie die Bevölkerung des Saargebiets unerschütterlichen Sinnes und ungebeugten Mutes 12 Jahre hindurch mit allem Nachdruck einhellig ihr Deutschtum bekannt habe. Das heroische Beispiel dieses Volkes, das um seine heiligsten Güter ringe, dessen Liebe und Seele ein Teilstück deutschen Seins und Wollens bilden, müßte längst schon die Sachverwalter des Völkerbundes zur Einsicht gebracht haben, daß das künstliche Gebilde des „Saarstaats" ein offenbarer Mißgriff ihrer Politik ist. Ihn zu verbessern sei sie nicht nur ihrem Ansehen in der Welt und dem Gedanken eines wahren Völkerbundes schuldig, sondern auch dem schuldlos gepeinigten Volke. Vergegenwärtige man sich die traurige Lage der deutschen Stammesbrüder an der Saar, so müsse in jedem Deutschen der Wunsch aufsteigen, daß diesem Zustande möglichst bald ein Ende bereitet werde. Die Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein" sei der Unterstützung des gesamten deutschen Volkes würdig, da es sich um ein überaus wichtiges Ziel, die Befreiung des kerndeutschen Saargebiets und seiner kerndeutschen Bevölkerung handle. Dankbar begrüße deshalb der Bund der Saarvereine es, daß die Bundesfilm A.-G. den neu geschaffenen Film „Das deutsche Land an der Saar", welcher Landschaft, Bevölkerung, Industrie zusammenfassend darstellt und ein lebendiges Bild von dem untrennbar mit Deutschland verbundenen Saargebiet gebe, herausgebracht habe, der hoffentlich im Interesse der vorerwähnten Aufklärung nicht nur in allen Städten unseres deutschen Vaterlandes, sondern auch im Auslande gezeigt werden möge, um dem deutschen Volk und der ganzen Welt Kunde zu geben von dem schweren Unrecht, das dem Saargebiet mit seiner treudeutschen Bevölkerung widerfahren sei.

Ein Bollwerk des Deutschtums im Westen

250 Jahre Saarlouis.

Von Dr. Cartellieri-Saarbrücken.

Eine der geschichtlich interessantesten und heiß umstrittensten Städte der deutschen Westmark, Saarlouis, konnte, wie bereits berichtet, im Jahre 1930 ihr 250jähriges Bestehen begehen. Unter Ludwig XIV. 1680 als französische Festung errichtet, jedoch auf deutschem Boden gelegen, 135 Jahrelang vorgeschobener Posten des französischen Imperialismus, jedoch von deutschen Bewohnern besiedelt, seit 1815 preußische Garnisonstadt und nach Ende des Weltkrieges das begehrteste Ziel der französischen Annektionspolitik im Saargebiet, hat diese Stadt mit dem französischen Namen und dem deutschen Herzen niemals ihren deutschen Charakter verleugnet und in den Stürmen des letzten Jahrzehnts aufs neue glänzend bewährt. Aus Anlaß des 250jährigen Bestehens ist soeben ein Jubiläumswerk „Saarlouis 1680—1930" erschienen, das einen umfassenden Ueberblick über die wechselvollen Schicksale der Stadt und ihre heutige Bedeutung als Mittelpunkt des größten saarländischen Landkreises gibt. Herausgegeben von dem Bürgermeister von Saarlouis, Dr. Latz, und von dem einheimischen Verlag Hausen vorbildlich ausgestattet, erscheint dieses Werk berufen, weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus Zeugnis davon abzulegen, „daß Saarlouis auf deutschem Boden gewachsen und geworden ist, daß es deutsche Art und deutsches Wesen trotz zeitweiliger Ueberwucherung durch fremden Geist niemals verleugnet hat, daß Saar-

werkseigentümer einen Teil der Grubenfelder, die unter saarländischem Boden liegen, an französische Bergwerksgesellschaften in der Weise verpachtet, daß diese von Frankreich, also vom Auslande her, unter der Landesgrenze hinweg einen Abbau von Kohlen im Saargebiet vornehmen, die erst auf französischem Boden zutage gefördert werden." Und weiter: „Frankreich hat also in Ueberschreitung seiner Befugnisse rechtswidrig gehandelt, es hat mehr konzediert, als es kraft des Versailler Vertrages konzedieren konnte... Denn der Souverän, der die Genehmigung zur Grenzdurchörterung erteilen müßte, ist nach den unmißverständlichen Ausdrücken des Versailler Vertrages allein das Deutsche Reich, dessen Souveränität bis zur Entscheidung des Völkerbundes nach der Abstimmung im Jahre 1935 bestehen bleibt." Da der Reichsregierung über diese Verträge selbstverständlich nicht das geringste mitgeteilt worden ist, sagt Prof. Schücking mit Recht: „Es ergibt sich aus dem Gesagten die klare Rechtslage, daß die fraglichen Verträge als ungültig gelten müssen."

Intrige und Verschleppung.

Natürlich verfolgte die französische Regierung mit der rechtswidrigen Unterwühlung der Grenze hauptsächlich einen politischen Zweck. Es hatte damit von langer Hand die Forderungen vorbereitet, die es bei den Pariser Sachverständigen-Verhandlungen zur Geltung brachte. Es wollte und will, ohne deutsche Kontrolle ober- und unterirdische Kohle aus dem Warndtbecken fördern und gleichzeitig an der Grenze eine Konkurrenzindustrie gegen das Saargebiet schaffen und damit auch ein Druckmittel für die wirtschaftliche oder gar politische Annexion des Saargebiets besitzen.

Während die Unterhändler in Paris sich verpflichten, über den Gang der Verhandlungen nichts mitzuteilen, zeigt sich sehr bald, daß die Franzosen „hinterherum" einen geschickten Zermürbungskampf gegen die deutschen Unterhändler führten.

Fast tagtäglich wurde die französische Oeffentlichkeit und auch die der internationalen Welt mit Nachrichten, Artikeln, Büchern und Broschüren überschwemmt, die alle auf ein Leitmotiv zugeschnitten waren. „Perdrons-nous la Sarre?" (Werden wir die Saar verlieren?) nannte Jean Revire, der unter dem Namen Robert Herly von der französischen Bergverwaltung beschäftigt wird, eine Broschüre, in der er erklärte, es sei „klar, daß das politische, zollpolitische, geldliche und wirtschaftliche System des Saargebiets unverändert bleiben" müsse. Er flüsterte den französischen Unterhändlern zu, die Verhandlungen scheitern zu lassen und vertraute dabei der Perfidie des Völkerbundes, indem er schrieb: „Die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über das Gebiet ist unmöglich, da der Völkerbund die Verpflichtung hat, die Freiheit (?) und Aufrichtigkeit (?) der Abstimmung zu garantieren." Sicherlich dachte Jean Revire dabei an Oberschlesien. Angesichts der deutschen Schweigsamkeit und solcher halbamtlicher französischer Auslassungen wurde man im Saargebiet um den Verhandlungsausgang besorgt, um so mehr, als Gerüchte wissen wollten, daß die Franzosen schon an Verhandlungsboden gewonnen hätten. Am 16. April trat eine Osterpause in den Verhandlungen ein. Aus den bisherigen Verlautbarungen schien sich ein Kompromiß abzuzeichnen, das mit Stresemanns Ausspruch: „Kein Quadratzentimeter deutscher Boden und kein Pfund deutsche Kohle an der Saar darf aufgegeben werden", nicht in Einklang stand.

Um der Unklarheit ein Ende zu machen, verhandelten einige Tage vor Ostern die Vertreter der Saarbevölkerung mit der deutschen Saardelegation. Das Ergebnis war ein anscheinend einmütig gebilligter Vorschlag, der den weiteren Verhandlungen zugrunde gelegt werden sollte. In der Zollfrage sollte der französische, in der Grubenfrage der deutsche Standpunkt als Verhandlungsbasis angenommen werden. Die Franzosen nahmen sich aus diesem Vorschlag das ihnen Angenehme heraus, und so wurde die deutsche Delegation in eine noch ungünstigere Lage hineinmanövriert.

Besprechungen in Genf.

In Genf benützte Reichsaußenminister Dr. Curtius die Frühjahrstagung des Völkerbundsrates, um Briand auf den schleppenden Fortgang der Saarverhandlungen hinzuweisen. Briand sagte zu, daß die Saarfrage noch in der September-Vollversammlung des Völkerbundes erledigt werde. Zur gleichen Zeit machten die Vertreter des Saargebiets Dr. Curtius darauf aufmerksam, daß die Franzosen im Saargebiet Maßnahmen durchführten, die alles andere als eine baldige Rückgliederung erwarten ließen. Dabei wiesen sie besonders auf den verschärften Schulterror hin. Wie es Briand mit seiner Zusage gemeint hatte, hörte man bald darauf aus seinem eigenen Munde in der Pariser Kammer, wo er erklärte, daß Frankreich im Saargebiet noch ein wertvolles Pfand in der Hand habe, aus dem man den größten Nutzen ziehen müsse, um Abmachungen über 1935 hinaus zu erhalten.

Die Saarverhandlungen selbst kamen auch jetzt noch nicht vom Fleck. In der französischen Presse ließ sich nun deutlich erkennen, daß ihr der völlige Abbruch der Verhandlungen doch nicht so willkommen war, wie es bisher behauptet wurde. Etwas traurig meinte Jules Sauerwein im „Matin", daß die Verhandlungen „sehr wenig befriedigende Fortschritte" machten. Dabei sei, so schrieb er, das französische Interesse an der Saar „sehr beträchtlich." In der gleichen Nummer glaubte der „Matin" berichten zu können, daß die Deutschen bereits die Fortdauer des Zollregimes bis 1935, sowie den Weiterbetrieb „gewisser Unternehmungen zu beiden Seiten der Grenze" über diesen Termin hinaus zugestanden hätten.

---

louis nur in deutscher Luft und in der deutschen Volksgemeinschaft, mit der es sich schicksalsverbunden fühlt, leben und gedeihen kann".

In geschichtlicher Beziehung ganz besonders interessant ist der Nachweis, den Pfarrer Richter-Saarlouis in einem Aufsatz über den Bann von Saarlouis führt, daß die Anlage der französischen Festung durch Vauban nicht — wie bisher allgemein angenommen — auf Wallerfanger, sondern auf Lisdorfer Bann, d. h. auf deutschem Boden, erfolgt ist. Der Kommandant von Diedenhofen, de Choisy, hat 1679 den Platz für die Festung, die in dem bevorstehenden Entscheidungskampf zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche den Schutz der französischen Ostgrenze übernehmen sollte, ausgesucht und einen ersten Entwurf ausgearbeitet, der dann von Vauban weiterbearbeitet worden ist. „Es ist eine der schönsten und günstigsten Lagen", schreibt er an Vauban, „die ich je gesehen habe, und es ließe sich eine der besten Festungen Frankreichs anlegen, die ich für die Verteidigung als ungleich besser denn Diedenhofen ansähe; und was einen Einfall ins Land von jenseits angeht, so gäbe es keinen sichereren und besseren Platz, der immer nur einem, überdies noch sehr schwierigen Angriff ausgesetzt wäre, da die Wassermengen sich plötzlich und reißend in die Gräben ergössen . . ." (S. 25).

Bis zum 2. Pariser Frieden von 1815 ist Saarlouis und der größte Teil des linken Saarufers bei Frankreich verblieben. Ein Marschall Ney ist in ihren Mauern geboren und hat unter Napoleon siegreich gekämpft. Gestützt auf diese historischen Erinnerungen haben die Franzosen beim Einrücken ins Saargebiet 1918 auf Saarlouis ganz besondere Hoffnungen gesetzt und erwartet, die Stadt ohne Schwierigkeiten für sich zu gewinnen. Die Antwort, die die Stadtverwaltung dem französischen Kommandanten zuteil werden ließ, verdient für alle Zeiten festgehalten zu werden: „Die Vertreter der französischen Nation müßten uns deutsche Bürger der Stadt Saarlouis gering schätzen, wenn nicht tief verachten, wenn wir in der Schicksalsstunde unseres schwer geprüften Vaterlandes eine unklare und undankbare Stellung einnehmen würden". Trotzdem setzte Clemenceau bei den Versailler Verhandlungen das Märchen von den 150000 Saarfranzosen in die Welt und stimmte Wilson damit um. Noch einmal, im Jahre 1924, als Frankreich als Preis für die Rückgabe der Saargruben die Abtretung von Saarlouis nebst 7 Gemeinden auf dem linken Saarufer forderte, gaben die Saarlouiser Stadtverordneten den Gefühlen der Bevölkerung eindeutigen Ausdruck in der flammenden Protestkundgebung, die der deutschen und französischen Regierung übermittelt wurde: „... was wir in schwerer Stunde trotz des Druckes der Militärdiktatur unserem Vaterlande freimütig gelobt haben — Treue bis zum Tode — ist heute so wahr wie damals. Wir waren gute Deutsche, wir sind gute Deutsche und wir wollen gute Deutsche bleiben". (S. 12.) Wie kläglich wirkt dagegen die Handlung eines Dr. Hector, der ohne Wissen der Stadtverordneten eine Ergebenheitsadresse an Frankreich richtete und dies später ableugnete, bis ihm der Meineid nachgewiesen wurde, was seinen Sturz als Saarminister zur Folge hatte. Wenn in französischen Darstellungen immer wieder auf Saarlouis als die Geburtsstadt des Marschall Ney hingewiesen wird, so hätte in diesem deutschen Werke vielleicht noch ein Beitrag über Saarlouis als Geburtsstätte des Generals von Lettow-Vorbeck, des siegreichen deutschen Kolonialkämpfers, Platz finden können.

Das heutige kulturelle und geistige Leben der Stadt wird in einer Reihe lesenswerter Einzeldarstellungen geschildert und insbesondere auch das Schulwesen gewürdigt. In einer früheren Kaserne hat die Stadt eine wertvolle Stadtbücherei eingerichtet. Wirtschaft und Verkehr der heutigen Gemeinde, deren Entwicklung durch den Festungscharakter lange Zeit gehindert war, werden aus der berufenen Feder des Bürgermeisters geschildert. (S. 107.) Der abschließende Aufsatz von Dr. Latz über die Finanzwirtschaft der Stadt dürfte den Fachmann besonders interessieren.

Man kann dem von echtestem Heimatgefühl getragenen Prachtwerk nur weiteste Verbreitung in allen deutschen Gauen wünschen, wo vielleicht hin und wieder noch eine Unklarheit über den berndeutschen Charakter der äußersten deutschen Westmark bestehen mag.

„Ergebnislos abgebrochen".

Es kam aber anders. Nach achtmonatiger Dauer wurden die Saarverhandlungen am 5. Juli ergebnislos abgebrochen. Das amtliche Kommuniqué lautet zwar dahin, daß die politischen Stellen die Verhandlungen weiterführen sollten. Aber schon damals war man sich darüber klar, daß dieser Hinweis lediglich eine Floskel war, der keine praktische Bedeutung zukam, und daß in diesem Jahre an eine Befreiung der Saar nicht mehr gedacht werden konnte. Ende Juli erklärte dazu Dr. Curtius: **„Solange Frankreich an seinen indiskutablen Forderungen in der Grubenfrage festhält, denkt Deutschland gar nicht daran, weiter verhandeln zu wollen."** Vorläufig also waren alle Hoffnungen, daß auch bald an der Saar die Freiheitsglocken erschallen würden, vollständig verpufft.

Frankreichs Agitationsfeldzug setzt ein

Schulterror mit Zuckerbrot und Peitsche.

Nach dem Abbruch der Saarverhandlungen setzte die französische Propaganda im Saargebiet, wie auch in Frankreich und vor der Weltöffentlichkeit mit verdoppeltem Eifer ein. Im Saargebiet selbst nahm insbesondere der Schulterror unglaubliche Formen an. Um Lockmittel sind die Franzosen natürlich nicht verlegen. So bekamen alle Konfirmanden und Kommunikanten zu Ostern 100 Franken geschenkt. Da die Weihnachtsfeiern vergessen worden waren, wurden auch diese nachgeholt, — und zwar Ostern! Ein ausdrücklicher Protest, der am 26. Juli in einer Tagung der Lehrerkammern (Vertreter der gesamten saarländischen Lehrerschaft) gegen diese Methode erhoben wurde, blieb ungehört. Ja, die Regierungskommission versuchte sogar die deutschen Lehrer und Geistlichen, die dagegen kämpften, unter Anklage zu stellen. Auch der Widerspruch der saarländischen Lehrerverbände gegen die Einführung des „Lesebuchs des Völkerfriedens", das fast nur ausländische, aber keine deutsche Literatur enthält, fand nicht das geringste Gehör.

Der Druck der Grubeninspektionen auf die Saarbergleute setzte wieder unter Raults Schulpolitik ein; Drohungen auf Arbeits- und Wohnungsentzug sind an der Tagesordnung. Auch an die Arbeitslosen machen sie sich heran und oft hört man die Kinder schluchzen: „Wir müssen in die Franzosenschule gehen, damit unser Vater Arbeit bekommt."

Wie steht es nun mit dem Erfolg dieser Gewaltmethoden? Das Organ des Verbandes katholischer Lehrer machte in der Mitte des Jahres eine Aufstellung über die französischen Schulen. Danach gibt es an zwanzig Orten französische Domanialschulen mit 1—10 Klassen. Die höchste Schülerzahl einer solchen Schule beträgt 316; die meisten sind jedoch Zwergschulen mit 1—2 Klassen. Die Gesamtschülerzahl beträgt 1700, von denen etwa 1000 Kinder deutsch sein dürften. Der Rest kommt auf die Kinder französischer Eindringlinge. Das Ergebnis solch rigoroser Bemühungen ist also ein schmähliches Fiasko. Und doch, ist der Erfolg auch nur winzig, so ist es dennoch eine Kulturschande, daß deutsche Kinder auf deutschem Boden durch hinterlistige Terrormaßnahmen unter Duldung einer Völkerbundskommission deutschem Wesen abspenstig gemacht werden sollen.

Die Saarlüge in neuer Auflage.

Wer das Saargebiet kennt, kennt es nur als deutsches Land und er wird höchst erstaunt sein, wenn ihm einmal ein Blättchen in die Hände kommt, das den geschwollenen Titel trägt: „Journal des Français de la Sarre". So etwas gibt es nämlich wirklich, natürlich nicht im Saargebiet, und es wird auch nicht an der Saar gelesen. Diese Journal-Fabrik ist in Nancy und will in der Welt den Eindruck erwecken, als ob es an der Saar wirklich eine französische Zeitung gäbe. Das gerade macht das Blatt, das inhaltlich ein Winkelblättchen übelster Sorte ist, gefährlich, daß es im Ausland den Eindruck zu erwecken sucht, als gäbe es an der Saar mindestens eine kleine französische Clique. Voller Empörung erinnert man sich noch, daß Clemenceau während der Versailler Verhandlungen plötzlich eine Adresse von „150 000 Saarfranzosen" auftauchen ließ und mit diesem abgefeimten Schwindel das ganze Saarunglück heraufbeschwor. Kein Mensch an der Saar hatte von dieser Adresse eine Ahnung und doch wurden dadurch 800 000 Menschen zu einer jahrelangen Sklaverei verurteilt. Heute glaubt kein Mensch mehr an diese Lüge, nur die Franzosen wollen daran glauben machen. Kurz nach dem Abbruch der Saarverhandlungen wagte Poincaré zu schreiben: „Wilson und Lloyd George haben sich bei den Versailler Friedensverhandlungen nicht um die Wünsche der Saarbevölkerung gekümmert, die zum großen Teil für immer an Frankreich angegliedert sein wollte." Schrieb Poincaré dies aus Unkenntnis? So lügt man heute noch in Paris und schweigt die Wahrheit tot, die kurz vor Poincarés Auslassungen der Pariser „Soir" zugeben mußte, indem er erklärte: „Die Saar ist deutsch geblieben."

In die gleiche Kerbe haut der französische Autor James Donnadieu mit seinem Buch: „La Liquidation de la victoire" (Die Liquidation des Sieges). Der Autor hatte offenbar die Verhältnisse im Saargebiet eingehend studiert, um dann einen großangelegten Feldzug für die politische, zumindest aber wirtschaftliche Annexion des Saargebiets einzuleiten. Noch ihm hat die Besatzung mit der Hundepeitsche den Saarländern nur Freude gemacht, war Dr. Schoettler, dieser Abenteurer unseligen Angedenkens, das einzige, allerdings verkannte Genie an der Saar. Donnadieus Wahnwitz geht noch weiter als der Poincarés, denn er geniert sich nicht, auszurufen: „Sollen wir wirklich auf das Land verzichten, das unsere Soldaten mit ihrem Blute zurückgewonnen haben? Sollen wir wirklich Franzosen unter der preußischen Knute lassen?" Allein Donnadieu begnügt sich nicht nur mit derartigen rhetorischen Phrasen; er versucht auch den „Nachweis" zu führen, daß Lothringen und das Saargebiet untrennbare Wirtschaftsgebiete seien, die ohne einander nicht leben könnten.

Wirtschaftliche Verführungskünste.

Mit solchen Behauptungen legte die französische Propaganda das Schwergewicht auf die wirtschaftlichen Fragen. Ist die politische Annexion unmöglich, so soll wenigstens der jetzige Zustand erhalten bleiben. Dahin zielt auch die Propaganda im Saargebiet selbst ab. Man nutzt die augenblickliche Notlage in Deutschland aus, um die Saarbevölkerung glauben zu machen, so schön wie jetzt könne sie es unter der Souveränität des Reichs nicht mehr haben. Daß aber dieses selbe Deutschland alljährlich viele Millionen für das Saargebiet opfert, um die saarländische Wirtschaft überhaupt lebensfähig zu erhalten, das verschweigt natürlich die französische Propaganda.

Es ist nun ein trübes Kapitel, das der gewissenhafte Chronist nicht übersehen darf, daß die französische Propaganda, wenigstens in einem Fall, mit solchen Ideen auch in der deutschen Presse einen Durchschlupf gefunden hat. Der „Dortmunder General-Anzeiger" veröffentlichte eine Zuschrift „aus saarländischen Kreisen", der, den Umständen nach zu urteilen, aus der Feder eines Micum-Mannes stammt, also eines jener Volksverräter, die heute die hilflosen Schützlinge der Franzosen sind. Dieser Artikel brachte mit allerhand Schnoddrigkeiten eine ganz sonderbare Begeisterung für ein unabhängiges Saargebiet zum Ausdruck.

Saarbrücken, der „Erbe Genfs."

Offensichtlich zieht den Franzosen auch die Idee der Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes an der Saar nicht mehr genug. Man wirft den Saarländern einen neuen Köder hin. Das Saargebiet soll „Territorium und Sitz des Völkerbundes" werden. Saarbrücken soll die Erbschaft Genfs antreten. Eine lockende Aussicht, ausgeheckt von verzweifelnden Chauvinisten an der Seine, um erbärmliche Krämerseelen zu betören. Mit dem Glanz der Internationalität will man die ewige Fron und Knechtschaft der Saar-Bergleute übertünchen. Denn darüber muß man sich klar sein, der Versailler Vertrag sieht den Rückkauf der Saargruben durch Deutschland nur dann vor, wenn das Saargebiet zur Heimat zurückkehrt. Bleibt es unter dem bisherigen Statut bestehen, wird es „autonom" oder wird es französisch, um diese Utopie auch einmal darzustellen, dann bleiben die Saargruben französischer Staatsbesitz. Also auch ein „autonomes" Saargebiet wäre wirtschaftliches Annexionsland Frankreichs.

Franzosenwirtschaft an der Saar

Im Bergbau Förderrückgang, Feierschichten und Entlassungen.

Bei dieser Einstellung der französischen Propaganda ist es nötig, einmal die Entwicklung der Saarwirtschaft unter französischer Herrschaft zu untersuchen. Auch hierzu gibt das abgelaufene Jahr treffliche Gelegenheit. Am 18. Januar waren 10 Jahre seit der Besitzergreifung der Saargruben durch die Franzosen verflossen. Diese zehn Jahre bedeuteten nach der Darstellung der französischen Propagandisten und nicht zuletzt der Regierungskommission selbst einen fabelhaften Aufstieg. Doch wie sieht es in Wahrheit damit aus? Das Saarkohlenrevier hat als einziger Kohlenbezirk Europas — eine Ausnahme macht nur Polen — seine Förderentwicklung nicht steigern können, während z. B. die deutschen Gruben eine Steigerung um fast ein Drittel aufweisen. Im Durchschnitt wurde in den zehn Jahren des Raubbaus noch nicht einmal die Vorkriegs-

Förderung erreicht. Die künstliche Zollgrenze im Osten bewirkte, daß der Absatz der Saarkohle nach Deutschland von 4,7 Millionen auf 1,3 Millionen Tonnen zurückging. Dagegen konnten in Frankreich nur zwei Millionen Tonnen mehr, nämlich 3,3 Millionen Saarkohle verkauft werden. Trotzdem es gelang, einige ausländische Absatzgebiete mehr zu erringen und trotz des Förderrückgangs blieb ein Ueberschuß von 0,4 Millionen nicht absetzbarer Saarkohle auf den Halden liegen. Infolge Vernachlässigung der Grubenanlagen gingen auch die Schichtleistungen zurück. Auf einer im April stattgefundenen Besprechung zwischen Saarbergleuten und der Grubenverwaltung wurde von der letztgenannten erklärt, daß die meisten Gruben gar keine Ueberschüsse mehr abwürfen. Die Folge davon war die Einlegung von Feierschichten, zunächst zwei und ab Mai vier Feierschichten. Nicht genug damit, wurden am 1. Juni 1400 Bergleute und im ersten Halbjahr insgesamt 2475 Bergleute entlassen.

Die Toten von Grube Maybach klagen an!

Als eine erschütternde Illustrierung des gewissenlosen französischen Raubbaus an der Saar brach am 25. Oktober über der Grube Maybach die entsetzliche Schlagwetterkatastrophe herein, die 100 braven Saarbergleuten den schwarzen Tod brachte.

Und was war die Ursache der Katastrophe? Frech behauptete kurz nach der Untersuchung die französische Bergverwaltung, daß sie selbst kein Verfehlen treffe. Irgendein unbekannter Bergmann müsse eine Benzinlampe mit in die Grube genommen und das Unglück verursacht haben. Doch die wahre Ursache stellte die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes fest, daß nämlich die Vorrichtungen auf der betreffenden Grube mangelhaft gewesen seien und ein Zustand festgestellt wurde, der ein straffälliger Verstoß gegen die bergpolizeilichen Bestimmungen war. Kann es ein klareres Urteil geben? Gibt es einen grausigeren Gedanken, als den, daß Tag für Tag deutsche Bergleute in Gruben fahren, die mit Wissen und Willen der französischen Grubenverwaltung vernachlässigt und stündlich von Katastrophengefahren umlauert werden?

Ein Erfolg deutschen Fleißes.

Während die unter französischer Leitung stehenden Saargruben ständig zurückgehen, gelang es der saarländischen Eisenindustrie wieder hochzukommen, obwohl ihr der Versailler Vertrag die lothringischen Tochterwerke einfach geraubt hatte. Natürlich möchten die Franzosen dies gern als ihr Verdienst angesehen haben. Aber die französische Verwaltung tat und tut nur alles das, was die saarländische Eisenindustrie drosseln konnte. So verlangt sie von ihr, die auf saarländische Kohle angewiesen ist, Kohlenpreise, die die höchsten in der ganzen Welt sind, um dadurch die Kohlenlieferungen an die französischen Werke verbilligen zu können. Nur deutschem Arbeitsgeist und deutscher Energie allein ist es zu verdanken, daß die saarländische Eisenindustrie noch am Leben ist.

Rückgang der saarländischen Konjunktur.

Die Franzosen stellen in ihrer Außenhandelsstatistik mit Genugtuung fest, daß das Saargebiet an 6. Stelle der französischen Ausfuhrländer steht — deshalb wollen sie auch behalten, was ihnen rechtlich und moralisch nicht gehört. Nach den neutralen Statistiken stieg im Jahre 1929 jedoch die Einfuhr deutscher Waren um 24 Prozent und im ersten Halbjahr 1930 wieder um zehn Prozent. Auch die Ausfuhr saarländischer Produkte nach Deutschland nahm immer mehr zu; nur in diesem Jahre trat infolge der schlechten Konjunktur in Deutschland eine Abschwächung ein. Nicht zuletzt ist die günstige Entwicklung des deutsch-saarländischen Warenverkehrs auf die tatkräftige finanzielle Unterstützung des Reiches zurückzuführen, die es allein ermöglichte, daß die saarländische Wirtschaft lebensfähig blieb. Denn auf dem französischen Markte sträubte man sich lange gegen saarländische Waren und tut es noch heute, so daß ein Rückgang der Konjunktur unausbleiblich sein mußte. Tatsächlich stieg auch bereits im Laufe des Jahres die Zahl der saarländischen Arbeitslosen auf über 7000, obwohl die von der Grubenverwaltung entlassenen Bergleute zum großen Teil Reichsdeutsche waren, also nicht mitgerechnet werden. Als Gesamterfolg der Franzosenwirtschaft muß also ein Abstieg auf der ganzen Linie festgestellt werden.

Die Taten der Regierungskommission

Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung. — Heraufsetzung der Ministergehälter.

Man hätte erwarten können, daß die Regierungskommission, die zum „Wohle der Bevölkerung" eingesetzt ist, sich nach Kräften rührte, um der Krise Herr zu werden. Aber sie veranlaßte weder die Grubenverwaltung, der Saarindustrie billigere Kohlen zu liefern, um deren Produktion und damit den Arbeitsmarkt zu stärken, noch tat sie etwas für die Arbeitslosen. Ja, in der ersten Sitzung der zweiten Tagungsperiode des Landesrats am 6. Mai mußte sich die Regierung den Vorwurf gefallen lassen, daß sie die Arbeitslosenunterstützungen herabgesetzt und ihre eigenen Ministergehälter erhöht hatte. Sämtliche Parteien übten an diesen Regierungsmaßnahmen die schärfste Kritik. Aber was kümmert sich diese Völkerbundsregierung um die Stimme des ihrer Obhut anvertrauten Volkes. Wenn etwas die Idee des Völkerbundes mit dem Grundprinzip der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu diskreditieren vermag, so dieser Autokratismus der Saarregierung, ihre Ueberheblichkeit und die völlige Mißachtung des ihr gewordenen Auftrags, keine andere Interessen zu kennen als die Wohlfahrt der Bevölkerung. Die Saarregierung hat im abgelaufenen Jahre auf allen Gebieten versagt; sie hat wie früher die französischen wirtschaftlichen und politischen Interessen an der Saar ausschlaggebend sein lassen für alle Regierungsmaßnahmen. Sie hat nichts getan gegen die zunehmende Not der Pensionäre und Rentner und hätte sie glatt verhungern lassen, wenn nicht die Reichsregierung zusammen mit der Reichsknappschaft eingegriffen hätte. Mit der Sozialversicherung ist die Saarregierung stets um Jahre hinter der des Reichs nachgehinkt, arbeitsrechtlich hat sie überhaupt nichts getan. Ihr Hauptaugenmerk war darauf gerichtet, die Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland in der Saarfrage zu vergrößern, statt zu mindern. Sie hat jede Maßnahme und jede Agitation zugunsten der französischen Saarpolitik zugelassen und nur Schwierigkeiten gemacht, wo Bestrebungen auftauchten, die die natürlichen Bande des Blutes zwischen Bevölkerung des Saargebiets und des übrigen Reiches zu pflegen trachteten.

Saarbahnschutz und sein Ersatz.

Diese deutschfeindliche Tendenz der Saarregierung hat sie auch in der Frage des sogenannten Saarbahnschutzes bewiesen. Was hätte für die Saarregierung als Vertreterin des Völkerbundgedankens in dieser vielumstrittenen Frage näher gelegen als ernstes Bemühen, im Geiste der Haager Beschlüsse über die Räumung des Rheinlandes und in Konsequenz der Genfer Begründung für die Einsetzung eines Saarbahnschutzes in Paris und Genf dafür einzutreten, daß mit der Zurückziehung des letzten Besatzungssoldaten aus dem besetzten Gebiet auch der letzte Besatzungssoldat aus dem Saargebiet herausgezogen würde, weil die Saarbahnen ihren Charakter als strategische Linien für die Rheinlandarmee verloren hatten? Aber nichts derartiges ist geschehen. Man hat in der Alleestraße von Saarbrücken ruhig den Räumungstermin für das Rheinland herankommen lassen und ist erst wenige Tage vorher in eine theoretische Erörterung der Tatsache der Rheinlandräumung eingetreten. Das ist kennzeichnend für den Geist, der die Saarregierung in ihrer treuhänderischen Tätigkeit beherrscht. Von dieser Seite ist eine Förderung der deutsch-französischen Verständigung im Geiste des Rechts und der Gerechtigkeit nicht zu erwarten. Es entspricht durchaus der ganzen frankophilen Einstellung der Saarregierung, daß sie für die Zurückziehung der Saarbahnschutztruppen einen technischen und polizeilichen Ersatz vorschlug, der im Ernstfalle die Sicherheit des Kohlentransports und des Transits gewährleisten soll. Innerhalb der Saarregierung weiß man sehr genau, daß dieser Saarbahnschutz-Ersatz ebenso wenig wird in Tätigkeit treten brauchen wie es Saarbahnschutz und vordem die französische Besatzung tun brauchte. Die Saarregierung weiß ferner, daß dieser Vorschlag eine Beleidigung, eine Herausforderung der Saarbevölkerung darstellt, weil in ihm die Unterstellung enthalten ist, die Bevölkerung an der Saar sei aufrührerisch und gewalttätig. Der Vorschlag der Saarregierung liegt aber im Sinne der französischen Saarpolitik, die sich den Nachweis zu verschaffen sucht, daß die Bevölkerung an der Saar von „unruhigen Elementen" durchsetzt sei, die in Verbindung mit rechtsrheinischen Agitatoren stehen. Man kann das aus den jüngsten französischen Propagandaballons entnehmen, die das Saargebiet als Völkerbundsterritorium mit einer Völkerbundsarmee erscheinen lassen möchten. Der vom Völkerbund genehmigte Saarbahnschutzersatz ist eine Verneigung vor Frankreich, wobei man sich leichtfertig über die Bestimmungen des Saarstatuts hinwegsetzte. Das um so mehr, als neben diesem Ersatz auch genehmigt wurde, im Fall von Unruhen „geeignete technische und militärische Kräfte" heranzuziehen. Wie inzwischen bekannt geworden ist, ist für diesen Fall bereits heute die französische Garnison in Saargemünd vorgesehen. Dr. Curtius meinte damals mit dem

ruhigen deutschen Gewissen in Genf, daß ein solcher Fall nicht eintreten werde. Er hat dabei gewiß nicht an die Möglichkeit gedacht, daß künstliche Unruhen von französischer Seite leicht erregt werden könnten. War es in Oberschlesien nicht so? Wurde nicht das Memelland unter ähnlichen Bedingungen geraubt? Es ist doch verdächtig, daß französische Blätter, Staatsmänner und Propagandisten bereits heute schreien, die Abstimmung würde nicht „unbeeinflußt" von statten gehen . . .

Die Schutzgarde der Saarregierung.

Daß es mit der Zurückziehung des Bahnschutzes auch an sich nicht ehrlich gemeint war, erfuhr man gar bald, als die Bergverwaltung Feststellungen darüber traf, wieviele Fremdenlegionäre, Lothringer, Elsässer, Micum-Leute und Angehörige des Saarbundes auf den einzelnen Gruben beschäftigt seien, die die 300 freiwerdenden und durch die Genfer Vereinbarungen genehmigten Landjägerstellen besetzen können. Aus solchen Leuten suchte sich die Regierung einen vollwertigen Ersatz für den abziehenden Bahnschutz und hinterging mit dieser „Garde" die Genfer Vereinbarungen um der Bevölkerung gegenüber ein Druckmittel zu besitzen und Frankreich ein Instrument in die Hand zu geben, das für seine saarpolitischen Ziele zweckmäßig erscheint.

Des Saarvolks Abwehr.

Appell an das Weltgewissen.

Die Saarbevölkerung ist sich der Gefahren, in denen sie schwebt, durch die Erfahrungen der letzten 11 Jahre durchaus bewußt. Wüßte man im ganzen Reiche das drohende Unheil ebenso richtig einzuschätzen, so wäre es wahrlich besser um die Saarfrage bestellt. Vom ersten Tage an, da die Franzosen mit Maschinengewehren und Tanks ins Saargebiet einrückten, bis heute haben die Brüder an der Saar unermüdlich für ihr Recht auf Freiheit, Selbstbestimmung und Rückkehr ins deutsche Vaterland gekämpft. Solange der Abstimmungstag nicht festgesetzt ist, müssen sie sich auf die Abwehr der französischen Gewaltmethoden beschränken. Und sie tun dies mit dem aufrechten Mannesmut, wie er gerade diesem deutschen Grenzvolksstamme eigen ist.

Mit Beginn der Pariser Saarverhandlungen und der gleichzeitig einsetzenden verstärkten französischen Propaganda, erhob die Saarbevölkerung auch ihre Stimme noch lauter zur Verteidigung ihrer Volksrechte. In allen Versammlungen, Sitzungen und Tagungen der saarländischen Verbände und Vereinigungen wurde die enge Verbundenheit der Saar mit dem Reich immer wieder betont und die unversehrte Wiedereingliederung in die deutsche Heimat gefordert. Solche Aeußerungen wurden aber von der über die ganze Erde verbreiteten französischen Propaganda geflissentlich totgeschwiegen. Deshalb ergriffen saarländische Vertreter von der hohen Warte des Frankfurter Rundfunkturms in den letzten Januartagen das Wort zu aufklärenden Vorträgen über das Schicksal, die Leiden und die Hoffnungen des Saargebiets, die nicht ungehört verhallten.

Erhebende Kundgebungen.

Als die französischen Pläne auf Annexion der Wanrdtkohlenfelder und auf Zurückbehaltung der Saargruben bekannt wurden, erhob sich im ganzen Saargebiet ein Entrüstungssturm, und einmütig wurde allerorten der Wille für eine restlose Rückgliederung des Saargebiets und Rückgabe sämtlicher Gruben und Kohlenvorkommen kundgetan. Der Bauer und der Bergmann, der Kaufmann und der Hüttenbesitzer, die gesamte saarländische Bevölkerung erhob einstimmig Protest gegen die französischen Absichten und verlangte ungestüm die baldige Rückkehr zum Reich. Kundgebungen von eindrucksvoller Wucht waren in den Sommertagen die Jahrestagung des Verbandes katholischer Beamtenvereine am 11. August in Saarbrücken, die eindrucksvolle Weihe der Kriegergedächtniskapelle „Maria-Frieden" auf der höchsten Landmarke des Saargebiets, dem Schaumberg bei Tholey für die 20 000 gefallenen Saarkrieger durch den Bischof von Trier und die dritte Tagung des rheinisch-evangelischen Kirchentages in den ersten Oktobertagen. Als Hindenburg am 11. Oktober Trier besuchte, ließen es sich die Saarländer nicht nehmen, ihrem Reichspräsidenten zu huldigen. Etwa 35 000 Personen waren in Sonderzügen und in Autos in die Stadt an der Mosel geeilt, um Hindenburg zu begrüßen. Bei den festlichen Veranstaltungen kam es ganz spontan zu einem Gelöbnis der Zehntausende von Saarländern vor dem Reichspräsidenten, dem Reich unverbrüchliche Treue zu bewahren.

Saartreue.

Doch nicht in Reden und Begeisterung erschöpft sich die Saartreue. Als die französische Bergverwaltung auf Anweisung der Regierungskommission viele Hunderte reichsdeutscher Saarbergleute entließ, da trat die saarländische Bergarbeiterschaft geschlossen wie ein Mann dagegen auf und erbot sich, freiwillig noch mehr Feierschichten auf sich zu nehmen, um den Kameraden Arbeit und Brot zu erhalten. Solcher Opfergeist lag natürlich nicht im Sinne der Franzosen, die dieses hochherzige Angebot einfach unbeachtet ließen.

Saarnot, deutsche Not

Erfolgreiche Aufklärungsarbeit des Bundes der Saar-Vereine.

Treue um Treue! Nach diesem Grundsatz will der Bund der Saarvereine den deutschen Volksgenossen an der Saar durch Aufklärung im Reich und vor der Weltöffentlichkeit zur Seite stehen. Es ist eine begrüßenswerte Tatsache, daß das Interesse der breitesten Volksschichten an dem Saarschicksal von Jahr zu Jahr zugenommen hat und auch noch ständig wächst; nicht zuletzt durch die Tätigkeit der Geschäftsstelle Saar-Verein und des Bundes der Saarvereine. Immer neue Ortsgruppen bilden sich die durch Vorträge und Kundgebungen die Kenntnis von den Vorgängen an der und um die Saar in alle deutschen Volkskreise hineintragen. Das ist notwendig; heute umsomehr als der Endkampf um die Saar entbrannt ist und es den französischen Propagandisten gelungen ist, die gesamten Bevölkerungskreise in Frankreich auf die Annexion des Saargebietes lüstern zu machen.

Die 10. Jahrestagung des Bundes der Saar-Vereine in Trier.

In dem kurz vorher befreiten Trier konnte der Bund der Saarvereine am 5. und 6. Juli unter dem Protektorat des rheinischen Oberpräsidenten Dr. Fuchs und auf Einladung der wenige Monate vorher gegründeten Trierer Ortsgruppe des Saarvereins seine zehnte Bundestagung abhalten. Es war gewiß ein besonderer Anlaß, konnte der Bund der Saarvereine doch auf einen zwar mühsamen, doch sehr erfolgreichen Weg zurückblicken. Andererseits war es ein betrübender Gedanke, der die Tagung beherrschte, da es nicht gelungen war, gleichzeitig mit dem Rhein auch die Saar zu befreien und daß selbst die Annahme der Haager Abkommen nicht zu diesem Ziele geführt hatte. Aus den verschiedenen Referaten sind besonders die Ausführungen des Stadtschulrats Martin-Saarbrücken hervorzuheben über das Thema: „Arm Saarvögeleins Sehnsucht nach Freiheit." Er beleuchtete das von Frankreich künstlich herausgebildete Saarproblem und kam zu dem Schluß, daß die Völkerbundsregierung ein Experiment war, das nicht geglückt ist und niemals glücken wird. Darum fort mit ihm! „Die Zeit arbeitet für uns", erklärte Stadtschulrat Martin und brachte damit den einzigen Trost zum Ausdruck, der den Saarländern in all ihrer schlimmen Not noch verblieben ist. Kommerzienrat Dr. H. Röchling besprach die Pariser Verhandlungen und erklärte, daß diese von uns von Vorteil wären, auch wenn sie nicht zum Ziele führten; denn durch die Tatsache dieser Verhandlungen habe Frankreich zugegeben, daß das Saargebiet deutsches Land sei, das wieder zurückgegeben werden müsse. Bezüglich des Bahnschutzes sagte Dr. Röchling, daß dieser zurückgezogen werden müsse, auch wenn das französische Mitglied der Regierungskommission, Morize, der anscheinend in seinem langen Leibe Leibschmerzen verspüre, vor der Frage stehe, was nach dem Abzuge des Bahnschutzes werden solle. Wenn er ein Gruseln vor der Saarbevölkerung und Angst um seine Sicherheit habe, dann solle er nur ruhig gleich mitgehen. Diese humorvolle Wendung rief allgemeine Heiterkeit hervor. Aber sie traf den Kern an der rechten Stelle, denn wie man jetzt weiß, hat sich Herr Morize einen 300 Mann starken Ersatz gesucht, der aus Micum-Leuten, Saarbündlern, ehemaligen Fremdenlegionären und ähnlichem Gelichter besteht. Bei der großen Saarkundgebung, der auch der Bischof von Trier, Dr. Franz Bornewasser, beiwohnte und die sich zu einer riesigen Kundgebung für die Saar gestaltete, wiederholte Oberpräsident Dr. Fuchs das Gelöbnis des preußischen Ministerpräsidenten in Wiesbaden: „Wir wollen nicht ruhen und rasten, bis auch die Freiheitsglocken in der Mitternacht in Saarbrücken und im ganzen Saargebiet erschallen." In einer einmütig angenommenen Entschließung wurde die unverzügliche Rückkehr des Saargebiets als Wiedergutmachung begangenen Unrechts gefordert.

Eine ernste Gedenkstunde in Berlin.

Am 10. August veranstaltete der Westausschuß für Rhein, Pfalz und Saar gemeinsam mit den entsprechenden Ostverbänden unter Teilnahme der Reichs- und Staatsregierungen usw. in und vor dem Reichstag eine packende Gedenkstunde für die Rheinlandräumung und die noch in der Knechtschaft befindlichen deutschen Stammesbrüder. Bei dieser Gelegenheit hielt der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, seine

durch die nachfolgende Pressekampagne weit bekannt gewordene Rede, in der er feierlich erklärte: „Die Grenzen des Unrechts halten nicht stand gegen Volksrecht und nationalen Lebenswillen . . Der Tag wird kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschland und Europa befreit hat." Wozu der Lärm, wenn ein deutscher Minister sich auf den Wortlaut des Versailler Diktats stützt, in dem es heißt, daß der sogenannte Friedensvertrag der Apparat sei, „wodurch die 1919 geschaffene Regelung von Zeit zu Zeit abgeändert und neu entstehenden Verhältnissen angepaßt werden kann". (Schlußabschnitt VIII d. V. Fr. V.)

Es sei hier auch an die Kundgebungen aus dem In- und Auslande und namentlich aus dem Saargebiet gedacht, die anläßlich des 60. Geburtstages des Leiters der Geschäftsstelle Saarverein, des Verwaltungsdirektors Theodor Vogel, erfolgten, die ebenfalls ein Beweis echter Saartreue sind. Seit seiner Ausweisung aus dem Saargebiet im April 1919 steht Verwaltungsdirektor Vogel der Saarkampfbewegung im Reich vor, und sein Name ist unauslöschlich mit dem Ringen um die Freiheit der Saar verknüpft.

Vor neuen Aufgaben.

Da durch den Abbruch der Saarverhandlungen und die verschärfte französische Propaganda eine durchgreifende Veränderung der Lage erfolgt war, trat in den letzten Tagen des November in Dortmund eine Vertretertagung der Saarvereine zusammen, um der neuen Situation Rechnung zu tragen. Auf dieser Konferenz wurde nach ernsten Beratungen die Notwendigkeit einer einheitlichen und entschiedenen Stellungnahme aller Faktoren der deutschen Politik in der Saarfrage, sowie die Durchführung des Endkampfes um die Deutscherhaltung des Saargebiets mit größerem Nachdruck betont. Aus den Referaten der saarländischen Redner, so des Kommerzierat Dr. Röchling, des Chefredakteurs Hoffmann-Saarbrücken, des Pfarrers Wilhelm-Werden (Saar), klang immer wieder die Versicherung der treudeutschen Haltung der Saarbevölkerung heraus, die die annexionistischen Saar-Autonomie-Pläne ablehnt. In der Entschließung wurde auf die französischen Pläne, aus dem Saargebiet ein zweites Oberschlesien zu machen, hingewiesen und gefordert, daß spätestens im Jahre 1935 das politische Schicksal des Saargebiets, und zwar nur durch die Willensbildung der Saarbevölkerung entschieden werden darf. Als Ziel jeder Saarregelung wurde die unversehrte Wiederinkraftsetzung der deutschen Staatssouveränität über das Saargebiet in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht als unerläßlich bezeichnet.

Es ist selbstverständlich, daß man in Frankreich die Abwehrtätigkeit des Bundes der Saarvereine aufmerksam verfolgt, seine Aufklärungarbeit mit allen Mitteln zu bekämpfen und ihn als nationalistische Mache zu verdächtigen sucht. Auch der bereits genannte James Donnadieu befaßt sich in seinem berüchtigten Buch: „La Liquidation de la victoire" mit dem Saarverein und teilt voller Entsetzen mit, daß dieser sich vor aller Oeffentlichkeit gegen den annexionistischen Wahnsinn Frankreichs einzusetzen wage. Ein Herr Paul Boursон spielt sogar in seinem Buch: „Autour de la Question sarroise" (Rund um die Saarfrage) den moralisch Entrüsteten, wenn er von den „Intrigen des Saarvereins, der schrecklichen Tätigkeit des Heimatdienstes und den Lügen des „Saarfreundes" erzählt. Natürlich wenn man ein Volk mundtot machen und es geräuschlos in die Tasche stecken will, dann muß man sich zunächst auf die Kämpfer werfen, die in der vordersten Reihe stehen. Obwohl Herr Boursон und Konsorten, sofern sie überhaupt selbst einmal den Fuß an die Saar gesetzt haben, wissen müßten, daß „Saarverein" und „Saarfreund" lediglich das Sprachrohr sind für die rechtswidrigen Verhältnisse an der Saar, um sie der Welt kund zutun, versuchen sie ihnen Absichten unterzuschieben, die lediglich auf französischer Seite zu suchen sind. Solche Gegner dürfen aber weder den Bund der Saarvereine noch den Saarfreund davon abhalten, wie bisher mit reinen Händen und dem hohen Glauben an ihre große Aufgabe die Ketten zu brechen, die Frankreich noch um unsere Brüder im Westen geschlossen hat. Denn

„Deutsch die Saar, immerdar!"

Verhetzungen und Verleumdungen.

Der Fall des Dr. Roos. — Aus der Senkgrube der „Straßburger Neuesten". — Wieder ein Briefergruß eines angeblichen „Saarländer".

Von **Th. Vogel, Berlin.**

Ein grelles Schlaglicht auf die Kabalen und schamlosen Ränke der französischen „Kulturpropaganda" im Saargebiet warf der vor kurzem durch die deutsche Presse des Elsaß gegangene Fall des Doktor Roos. Dieser geschätzte und weitsichtige Pädagoge hatte bekanntlich seinerzeit von der französischen Bergwerksverwaltung den Auftrag erhalten, die Schulen im Saargebiet in einer Weise zu reorganisieren, daß damit den Wünschen der deutschen Saarbevölkerung entsprochen werden konnte, die sich beschwerdeführend an den Völkerbund gewandt hatte. — Dr. Roos erhielt bei seinem Dienstantritt die ausdrückliche Instruktion, den deutschen Unterricht und das deutsche Volkslied ganz besonders zu pflegen; als er in seinem Amte dann aber nichts anderes tat als den ihm amtlich zu Teil gewordenen Instruktionen Folge zu leisten, zog er sich die heftigsten Angriffe von seiten der ihm unterstellten aus Frankreich stammenden Lehrerschaft zu; es hagelte Beschwerden und Denunziationen, ja man konnte von einem förmlichen Hetzfeldzug sprechen, der von der „Kollegenschaft" gegen Roos in Szene gesetzt wurde. — Und worauf gründeten sich die Anwürfe gegen ihn? — Der deutschstämmige Schulmann hatte die ihm gewordenen Weisungen, den deutschen Kindern an der Saar Unterricht in ihrer Muttersprache zu geben, so aufgefaßt, daß er im deutschen Unterricht auch deutsch sprach. Nun hoffen ja die Männer, deren dunkle Triebe auf die Französierung der Saarjugend im Hinblick auf deren späte Verwendung als Kanonenfutter im Dienste Frankreichs gerichtet sind, wahrscheinlich noch immer darauf, daß das deutsche Volk im Saargebiet im Jahre 1935 so dumm sein wird, sich für solcherlei Verwendung seiner Kinder freiwillig bereit zu erklären. Darum waren sie mit Doktor Roos' deutschen Unterrichtsmethoden keineswegs einverstanden. Dies Mißvergnügen gegen den deutschen Mann steigerte sich aber noch, als Roos es sich einfallen ließ, die französischen Stunden, in vollkommener Uebereinstimmung mit der tatsächlichen Wahrheit, als „fremdsprachlichen Unterricht" in das Schulprogramm aufzunehmen. Nun hagelte es Verdächtigungen gegen Roos. Bald wurde er als deutscher Agent bezeichnet, bald öffentlich als „Boche" beschimpft. In dieser lieblichen Epoche seiner Wirkenszeit konnte Roos feststellen, daß innerhalb der von Paris dirigierten Lehrerschaft im Saargebiet ein Spitzel- und Denunziantensystem herrschte, daß auch vor der Person des Vorgesetzten nicht Halt machte. Als er dann wahrnahm, daß die Herren Kollegen zum allergrößten Teil Vertrauensleute des französischen Nachrichtendienstes waren, ließ er gewisse ihm in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter von seinen Lehrern zur Weitergabe eingereichte Berichte absichtlich liegen und führte sie der Oberinstanz, für die sie bestimmt waren, nicht zu. Hiergegen erhoben die Herren Berichterstatter Beschwerde, und nun geschah das Unglaubliche: die ihm vorgesetzte amtliche Stelle zwang den Dr. Roos, aus den Berichten, die ihm seine im französischen Spionagedienst stehenden Lehrer sozusagen aufgezwungen hatten, einen Gesamtbericht zu verfertigen. Daß dieser die von den französisch gesinnten ursprünglichen „Berichterstattern" entstellt oder bewußt unwahr dargestellten „Tatsachen" samt ihren deutschhetzerischen Folgerungen enthielt, konnte der Objektivität des deutschen Schulmanns nur alle Ehre machen. Nun aber ereignete sich etwas, woran Dr. Roos wahrscheinlich auch in seinen kühnsten Träumen nicht gedacht haben mag: Aus eben diesem „Gesamtbericht", den er auf Anordnung seiner vorgesetzten Behörde hatte verfassen müssen, kamen auf illegalem, für den Kenner der Zusammenhänge allerdings nur zu klarem Wege, Auszüge in die Oeffentlichkeit, die von der französischen Presse und von den von Frankreich ausgehaltenen Blättern des Elsaß in deutscher Sprache, allen voran von den sauberen „Straßburger Neuesten Nachrichten", als Meinungen und Ansichten des deutschen Schulmanns Roos dargestellt wurden, der hier seiner Empörung über gewisse im Saargebiet gesehene Dinge Ausdruck verliehen haben sollte. Da stand natürlich die „Schamlosigkeit der deutschen Propaganda an der Saar" obenan; nebenher marschierte bezeichnenderweise die angeblich antifranzösische „Hartnäckigkeit und Skrupellosigkeit" der dortigen Geistlichen beider Konfessionen. Der ganze Misthaufen, den die ihm unterstellt gewesenen Lehrer einst in ihren Berichten produziert hatten, wurde nun dem Herrn Dr. Roos als seine eigene Meinung und Ueberzeugung zugeschoben.

Hier sei nur eine einzige Stelle zitiert, die wir den „Straßburger Neuesten Nachrichten", Nummer 286, im Wortlaut entnehmen:

> Und dann zuletzt charakterisiert Herr Dr. Roos die „damaligen" deutschen Gefühle und Absichten in den folgenden beredten Worten. „Der nationalistische Gedanke und, präziser noch, der Revanchegedanke, erhebt sich drohend. Wer durch seine Beziehungen in der Lage ist, gründlich die versteckten militärischen und strategischen Vorbereitungen Deutschlands zu kennen, und viele Elsässer — ohne Spione zu sein — sind in dieser Lage, — könnte sich ein Bild davon machen, das, wenn es noch finsterer und drohender wäre, als das in der französischen Kammer gezeichnete, nur mehr der Wirklichkeit entsprechend wäre." — Solche Angaben, aus solcher Quelle erübrigen jegliches Kommentar.

In der anständigen autonomistischen Presse des Elsaß' fand Dr. Roos ein Sprachrohr, um diese Ungeheuerlichkeit des mit seiner Person getriebenen Mißbrauches gebührend zu kennzeichnen. Zunächst in der „Elsaß-Lothringischen Zeitung", und dann in dem tapferen „Elsässer Kurier", Kolmar, legte er den wahren Sachverhalt aufklärend dar. Diesen Blättern verdanken auch wir die Kenntnis der „Affäre Roos", von der wir meinten, sie unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen.

*

Die Straßburger Neuesten Nachrichten" dürfen auch den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, ein „Stimmungsbild" aus dem Saargebiet veröffentlicht zu haben, das den berüchtigten Brief des „Dortmunder Generalanzeigers" an Unverschämtheit und Verlogenheit noch erheblich übertrifft. Da finden wir alle die albernen Uebertreibungen und Fälschungen wieder, die das Dortmunder Blatt kommentarlos zu veröffentlichen sich nicht gescheut hat. Aber alles, was dort noch wie ein Wind sich ausnahm, kehrt hier, in die dritte Potenz erhoben, als Sturm wieder. Aber es ist ein verlogener, gemachter, ein richtiger Theatersturm, erzeugt von der Windmaschine hinter der Szene. Diese Windmaschine aber kennen wir, sie heißt „französische Lügenpropaganda". Leider hat sie in der Geschichte des unglücklichen Kunstgebildes, „Saarstaat" genannt, schon von dessen Anbeginn an, (man denke nur an die Saarfranzosenarmee des Herrn Clemenceau!) eine traurige, aber große Rolle gespielt. Oder will uns ein Mensch einreden, daß es ehrliche Ueberzeugung sei, was der Herr „Berichterstatter" hier von sich gibt: „Wir wissen, daß es für Preußen ja kein Interesse mehr hat, uns Saarländer (wirtschaftlich) am Leben zu erhalten. Unsere Kohlengruben werden abgebaut und stillgelegt werden — Bergbau an der Saar?. Die sollen nach Westfalen kommen, die 300 000 Menschen. Da ist man national zuverlässig!".

Man muß sagen, der Vertrauensmann der Straßburger N. N., der an einer anderen Stelle stolz von sich behauptet „wir Saarländer haben uns an Realitäten gewöhnt", muß besonders auf wirtschaftlichem Gebiet über ganz erstaunliche Kenntnisse verfügen. Darum findet sich auch die fettgedruckte Ueberschrift „Nüchterne Erkenntnis" — „Wirklichkeitsverhältnisse" über seinem Elaborat. Also dieser „nüchterne Wirklichkeitserkenner" glaubt im Ernst, er könne einem Menschen, der seine fünf Sinne beisammen hat, weismachen, Deutschland — oder wie er immer mit absichtlicher Verächtlichkeit sagt — „Preußen" werde die Saargruben stillegen und 300 000 Saarbergleute nach Westfalen bringen. — Sagen Sie, Herr Anonymus Briefschreiber, haben Sie vielleicht zufällig schon etwas von einer Sache gehört, die sich „Arbeitslosigkeit in Deutschland" nennt? — Augenscheinlich nicht! Sonst würden Sie nicht einen so ungeheueren — verzeihen Sie das harte Wort! — Bockmist vom Stapel lassen, wie diese Behauptung von dem nach der Heimkehr des Saargebiets zu erwartenden Import von mehr als einer Viertelmillion Arbeitsloser nach Westfalen. — Im übrigen müssen wir an dieser Stelle unsere Leser um Entschuldigung bitten, wenn wir soeben einen nicht gerade parlamentarisch zu nennenden Ausdruck gebraucht haben! Wir bitten aber, uns verstehen zu wollen, wenn wir der Ansicht sind, daß es mitunter angebracht ist, den Menschen in der gleichen Tonart zu antworten, die sie selbst anzuschlagen für gut befinden. Und Herr Anonymus Briefschreiber (den Namen kann sich der werte Herr „Saarstimmungsbildhauer" der „Straßburger Neuesten Nachrichten", wenn er will, patentieren lassen!), also dieser ehrenwerte Lügenwart von Frankreichs Gnaden scheint daran gewöhnt zu sein, sich bei seinen publizistischen Absonderungen in recht duftigen Sphären zu bewegen. Hierfür zum Beweise ein wörtliches Zitat aus seinem Brief vom 8. November: „Der Dortmunder Generalanzeiger" — (man sieht, die Herrschaften verstehen, sich gegenseitig richtig einzuschätzen) glaubt nur, daß man solche Tatsachen (gemeint sind die deutschfeindlichen Lügen) zwischen Ehebett und Klosett sich ins Ohr raunen dürfte. Das pfeifen aber allmählich schon alle saarländischen Spatzen von den politischen, finanziellen, wirtschaftlichen Dächern". —

Und solche Schmutzfinkereien drucken die „Straßburger N. N." ab, alles zur höheren Ehre Frankreichs. — In dieser von keinerlei Kultur in Form und Ausdruck mehr getrübten Weise orakelt der kleine Anmaßling „aus Saarbrücken" weiter. Man höre, und sei es auch nur, um sich in der Kenntnis des vornehmen deutschen Stiles ein wenig zu bereichern! — „Wenn ein ganz hoher Beamter schon sagen muß, daß die Abstimmung im Jahre 1935 nicht zugunsten Deutschlands ausfallen werde, wie müssen wir ganz kleinen Leisetreter erst denken? — Das hat mit Ethos zu tun, seelisch wenigstens." —

Es scheint, daß Herr Anonymus Briefschreiber nicht recht weiß, was das eigentlich sei „Ethos", denn ein Ethos, das nicht „seelisch wenigstens" wäre, kennen wir nicht. Vielleicht meint der freundliche Herr aber die bewußte Stelle in einem bewußten Ministerium in der Rue de l'Université, ganz nahe von der Ecke der Rue du Bac in Paris, wo für gewisse Leute gewisse Gelder locker gemacht werden. Das hat allerdings mit „Ethos" verflucht wenig zu tun, seelisch, körperlich und auch sonst. Und so etwas wagt von deutschen Männern, die für ihr Vaterland eintreten, für ihr geschändetes um alle Mittel, sich zu verteidigen betrogenes und geprelltes Vaterland, so ein Skribent, um den die Aufwaschfrauen in den Ministerien zu Paris einen weiten Bogen machen, weil er .....! Also so ein anonymer Feigling wagt es, deutsche Männer als „hergelaufenes, bezahltes Gesindel, großgeschossen (!!) auf irgend einem pommerschen Misthaufen" zu bezeichnen. Und das Straßburger Winkelblatt druckt das alles kritiklos ab .... Und weiter: „Preußische Ruhmrederei hört da auf, man hat alle Steuer-Blutgroschen verpraßt (!!!) und verpulvert!". — Sicherlich! Deutschland, und insbesondere das verflixte Preußen, hat ja weiter keine Verpflichtungen, als die Steuer-Blutgroschen zu verpulvern und zu verprassen! Weiß der Herr vielleicht, welche Summen Deutschland auf Grund des Erpresservertrages von Versailles und des für „das arme, gedemütigte Frankreich so außerordentlich ungünstigen" Youngplans jeden Monat, jeden Tag, den Gott werden läßt, an Frankreich bezahlen muß? — Aber allerdings, Frankreich braucht Geld, viel Geld sogar; denn bezahlte Kreaturen, die auf Wunsch „nüchterne Stimmungsbilder" schreiben, kosten allerhand ....

Wie es im übrigen in dem den Saarbewohnern als wirtschaftliches Paradies immer wieder angepriesenen Frankreich in Wirklichkeit aussieht, das haben die Umstände offenbart, die zu der Tardieukrise vom 4. Dezember geführt haben. Die Oustric-Affäre ist, allen offiziellen Vertuschungsversuchen zum Trotz, immerhin eine Angelegenheit, die man dem berühmten Panamaskandal getrost zur Seite stellen kann. Die weißen Westen, die ja aus dem Modebild von Paris schon lange verschwunden sind, scheinen nach allem, was heute ziemlich klar zu Tage liegt, auch bei den französischen Deputierten (die Zahl von vierunddreißig durch den Oustricskandal bloßgestellten Abgeordneten ist nicht gerade sehr ruhmreich!) und bei den Ministern zu den vollkommen abgeschafften Kleidungsstücken zu gehören. Einige Staatssekretäre, und sogar Minister, konnten in der dramatischen Sitzung, in der Tardieus politische Feinde den Stein ins Rollen brachten, für ihre Unbestechlichkeit keinerlei nennenswerten Beweis erbringen. Der Justizminister Péret mußte über die Klinge springen, und selbst die „nationale Verteidigung", die Meister Tardieu als Ablenkungsmanöver aus dem Schrank für abgelegte Garderobe hervorkramte, hat ihm nichts geholfen. Mit 147 gegen 139 Stimmen entschied sich der Senat gegen den Patenonkel des Saarstatuts. Auch sonst knistert es allenthalben im Gebälk der „grrrande Nation": das Bankhaus Adam und der große Automagier Citroën sind nicht die einzigen, die von der Welle steigenden wirtschaftlichen Mißtrauens weggespült worden sind. —

An sich ginge uns Deutsche das alles ja wenig an. Aber wir haben in einer Reihe von bitterbösen Jahren die Erfahrung machen müssen, das wir alles Porzellan das jenseits der Vogesen zertöppert wird, bezahlen müssen, auch wenn wir an seiner Zerstörung noch so unschuldig sind. Anderseits haben wir die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß in dem gallischen Paradies, in das man unsere Freunde an der Saar so gern verschleppen möchte, durchaus nicht alles so rosig aussieht, wie Schmierfinken vom Schlage des anonymen Briefschreibers der „Straßburger N. N." das darzustellen belieben. Der schreibt ironisch, man glaube in Deutschland, „der Chor der Dummen an der Saar werde noch einmal auf den ‚Schlemmerbankrotteur' hereinfallen, der noch nicht einmal ein Stück faules Brot reichen könne". —

Kein Mensch vermag heute zu sagen, was die parlamentarischen Ereignisse in Frankreich in nächster Zeit bringen werden. Vielleicht wird das Kabinett Steeg schon sehr bald einer radikalen Rechtsregierung weichen müssen, und der gestürzte Herr Tardieu kommt durch irgendeine Hinterpforte oder in Gestalt eines Strohmanns wieder zur Herrschaft. Was aber auch kommen mag, zwei Dinge stehen für uns von vornherein fest: In Sachen der Saar wird Frankreich unbelehrbar und unbeugsam bleiben, und der einzige Wechsel, den es geben wird, wird der sein, der für den Saarberichterstatter der „Straßburger Neuesten Nachrichten" unter allen Umständen dann in Paris wieder zur gefälligen Abholung bereit liegen wird.

Regierung und Volksvertretung im Saargebiet

Von Dr. K. Mehrmann, Geschäftsführer der „Deutsche Rhein", Berlin.

In einer überaus fleißigen und sorgfältigen, wissenschaftlich gründlichen und umsichtigen Doktorarbeit hat Hellmut Katsch das Verhältnis von Regierung und Volksvertretung im Saargebiet untersucht und dargestellt.*) Er geht von der Tatsache aus, daß es in erster Linie wirtschaftliche Erwägungen waren, die zu der Neuordnung der Rechtslage im Saargebiet geführt haben. Frankreich verlangte die Kohlenzechen an der Saar. Es hatte freilich ursprünglich mehr im Sinn. Sein Streben hatte sich auf „Angliederung des gesamten Kohlendistrikts" gerichtet, und zwar als Verlangen nach Wiederherstellung der Grenze von 1814, d. h. nach Annexion von nahezu der Hälfte des heutigen Saargebiets, und ferner als Anspruch auf Uebereignung der Kohlengruben des ganzen Saarbeckens zur Entschädigung für den Förderungsausfall in den zerstörten nordfranzösischen Kohlengebieten. Den Lesern dieser Zeitschrift ist bekannt, daß die französische Absicht ihr Ziel nicht voll erreichte. Der französische Staat erhielt nur die Saarkohlengruben als Eigentum; damit er sie frei ausbeuten könne, wurde die Verwaltung des Gebiets dem Deutschen Reich entzogen und einem zeitweiligen Völkerbundsregime übertragen. Mit starkem Nachdruck hebt Katsch die Bedeutung der Tatsache, daß die Rechte Deutschlands und der Saarbevölkerung nur soweit eingeschränkt werden sollten, als es für die ungehinderte Ausbeutung der Kohlenzechen durch die französische Grubenverwaltung notwendig erschien, für die Auslegung der Saargebietsbestimmungen hervor. Er ist mit Andres („Grundlagen des Rechtes im Saargebiet") darin einig: in Zweifelsfällen ist für die Aufrechterhaltung des deutschen Rechtes zu entscheiden. Die Uebertragung dieses im Rechtsleben aller Kulturvölker den Angegriffenen schützenden Grundsatzes ist wichtig, weil sich das Deutsche Reich auch nach der Versailler Entscheidung dauernd in dem Zustand des Angegriffenen gegenüber den französischen Offensivabsichten auf das Saargebiet befindet. Ein Jahrzehnt nach dem Inkrafttreten des Versailler Diktats hat die französische Politik immer noch nicht den Gedanken aufgegeben, das Land an der Saar dauernd aus dem Reichsverband herauszulösen. Sie versteckt ihn hinter einer Ausdeutung der Saarbestimmungen, die der Absicht der Versailler Gesetzgeber Wilson und Lloyd George widerspricht, obwohl sich Frankreich ihr unterworfen hatte. Wie die Dinge liegen, besitzt das Deutsche Reich und die Saarbevölkerung als einzige Waffe für die Abwehr (unter Ausnutzung der jeweiligen diplomatischen Möglichkeiten) die juristische Auslegung jener Bestimmungen. Um so entschiedener ist deutscherseits der Auslegungsgrundsatz hervorzukehren, daß alles, was in den Saarbestimmungen nicht klar und einwandfrei zu Gunsten Frankreichs und des Völkerbundsregimes ausgesprochen ist, von keinem von beiden als ihr Recht behauptet werden darf. Ich finde in der bestimmten Feststellung dieses im Grunde selbstverändlichen Prinzips ein entscheidendes Verdienst von Andres und Katsch.

Demgemäß will auch das weitere Untersuchungsergebnis von Andres (Neumeyer u. Frank) bewertet werden, daß die Uebertragung des Eigentums an den Kohlengruben auf den französischen Staat — trotzdem ihre Grundlage in einem völkerrechtlichen Vertrag enthalten ist — einen rein bürgerlich-rechtlichen Vorgang darstellt. Katsch betont danach, daß die wirtschaftlichen Vorrechte des französischen Staates nicht öffentlich-rechtlicher Natur sind. Eine öffentlich-rechtliche Funktion steht dagegen dem französischen Staat bei Abänderungen der deutschen Berggesetze durch die Regierungskommission des Völkerbundes insofern zu, als er, der französische Staat, vorher zu befragen ist. Ferner ist das Saargebiet dem französischen Zollsystem eingeordnet. Die Zollverwaltung geschieht durch die Douanes françaises Saarbrücken mit eigenen Zollbüros und eigenem Ueberwachungsdienst in den Grenzstationen. Im Saargebiet gilt materiell französisches Zollrecht. Aber eine Uebertragung des formellen Gesetzgebungsrechtes im Zollwesen an Frankreich hat nicht stattgefunden. Vielmehr bedarf die Geltung des französischen Zollrechtes an der Saar eines besonderen Einführungsaktes durch die Regierungskommission. Auch in diesem Punkte geht Katsch mit Andres u. a. einig. Er fixiert den bestehenden Zustand dahin, daß die wirtschaftliche Gesamtwirkung der privatrechtlichen Grubenrechte Frankreichs und der zollrechtlichen Zugehörigkeit des Saargebiets zum französischen Staat nicht viel anders ist, als wenn das Gebiet durch Frankreich zum Zweck der Annexion besetzt worden wäre.

Wenn man diese Blickrichtung festhält, wird man vielleicht von der Auffassung, die Katsch über die staatsrechtliche Stellung des Saargebiets entwickelt, etwas abweichen. Es herrscht zwischen uns Uebereinstimmung in der Ansicht, daß das Saargebiet unter deutscher Souveränität geblieben, und daß die Treuhänderschaft des Völkerbundes eindeutig eine Treuhänderschaft im Interesse Deutschlands ist. Richtig ist auch, daß das Saargebiet ohne Vorbild im Völkerrecht ist. Ich persönlich bin geneigt, anzunehmen, daß noch am ehesten eine, wenn auch entferntere Aehnlichkeit mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch die habsburgische Monarchie vorliegt. Katsch will die Verwandtschaft nicht gelten lassen, aus dem Grunde nicht, weil es sich in Bosnien und der Herzegowina um verschleierte Gebietsabtretungen handelte. Das ist richtig, und wenigstens deutscherseits sowie auf Seiten Amerikas und Englands ist eine auch verhüllte Abtrennung der Saar vom Reich formell nicht anerkannt worden. In Frankreich hingegen hat sich die Annexionsabsicht bis auf den heutigen Tag noch nicht zur Abdankung verstanden, und in den Jahren der Präsidentschaft Raults ist die Völkerbundsregierung an der Saar doch in der Tat nur der durchsichtige Schleier für Regierungshandlungen gewesen, die ihren Ursprung in Paris hatten und sich so gaben, als ob das Land an der Saar ein Stück französischer Erde sei. Dazu kam französische Besatzung bis an das Ende der 20er Jahre. Die Wirklichkeit ist also nicht so sehr verschieden von dem Zustand, der einst im okkupierten Bosnien-Herzegowina herrschte. Zuzugeben ist Katsch, daß an der Saar die Ausübung der Hoheitsrechte durch einen Staatenbund zu geschehen hat statt durch einen Einzelstaat. Richtig ist aber wiederum, daß der Bund nur die Fassade war, hinter der Rault als Frankreichs Gouverneur eine französische Kolonie regierte.

Jedoch, Katsch untersucht den formalen Rechtszustand. Wenn die Wirklichkeit sich von den Rechtsbestimmungen entfernt, so liegt ein Rechtsbruch vor. Auf diesen Punkt hinzuweisen, erscheint mir an dieser Stelle, in einer politischen Zeitschrift, wie es der „Saarfreund" ist, immer wieder als eine dringende Notwendigkeit. Die Untersuchung des Rechtsverhältnisses auf Grund eines Diktates, das unser Recht an sich schon vergewaltigt hat, ist eine verdienstvolle Tat und soll als Verdienst der Arbeit von Katsch in vollem Umfang von Herzen anerkannt werden. Aber wie nun der Leser einmal ist, wenn ihm gesagt wird: an der Saar ist das deutsche Recht so und so völkerrechtlich festgelegt, so steht er in der schriftlichen Fixierung gar zu leicht schon eine Garantie, zumal wenn hinter dieser Bürgschaft die „Treuhänderschaft" des Völkerbundes steht. Daß zwischen dem geschriebenen und dem gehandhabten Recht an der Saar ein großer Unterschied besteht und daß die Treuhänderschaft von französischer Vorherrschaft aufs äußerste mißbraucht worden ist, das immer und immer wieder zu wiederholen, ist eine Forderung des nationalen Interesses. Nicht wegen der Saarländer — die sind aus langjähriger Erfahrung klug. Sondern wegen der Deutschen, die weit von der Saar entfernt wohnen und sich in ihren wirtschaftlichen Nöten ach so gern durch den falschen Gedanken beruhigen lassen: im deutschen Westen ist alles wohl bestellt.

Katsch ist nicht einverstanden damit, daß Hatschek und Andres von einer Staatsservitut zu Gunsten des Völkerbundes und zu Lasten des Gebietsherrn, des Deutschen Reiches sprechen. Ich kann mich seinem Widerspruch nicht anschließen. Er meint, man könne privatrechtliche Begriffe nicht auf Verhältnisse öffentlich-rechtlicher Art übertragen, ohne irrezuführen. Es fehle der dingliche Charakter. Das will nicht recht einleuchten, da Katsch selbst mit Nachdruck auf den Ausgangspunkt des Saarrechts, auf die Uebertragung des Eigentums an den Saargruben auf Frankreich hingewiesen und den privatrechtlichen Charakter dieses Vorganges (allerdings mit öffentlich-rechtlichen Anhängseln) charakterisiert hat. Es ist doch in der Tat so, daß das Land an der Saar, also eine Sache, ein Ding, zur Sicherung der französischen Ausbeutung aus der deutschen Verwaltung an fremde Treuhänder überwiesen wurde. Ja, es ist weiter faktisch so, daß auch die Bewohner dieses Landes, ohne befragt zu werden (entgegen dem von Wilson propagierten Selbstbestimmungsrecht), mit überwiesen, also ihres Persönlichkeitscharakters beraubt und in die Dinglichkeit hinabgedrückt wurden. Man kann sehr wohl, wenn auch mit einiger Uebertreibung, behaupten, daß hier ein großer Bruchteil deutscher Staatsbürger (wie die Bewohner des besetzten rheinischen Gebiets nach französischer Behauptung zur Sicherheit der Reparationszahlungen) wirtschaftlich-finanzieller Zwecke halber in Pfandhaft gesetzt wurden. Also, der dingliche Charakter erscheint durchaus erwiesen. Daß man wegen der öffentlich-rechtlichen Beziehungen von mehreren Staatsdienstbarkeiten sprechen müßte, daß das etwas Außergewöhnliches ist, auch daß als „Berechtigter" nicht ein einzelner Staat, sondern der Völkerbund in seiner Gesamtheit in Frage kommt, und daß im Völkerbund das Deutsche Reich, also der mit der Servitut Belastete, seinerseits wiederum Mitglied ist — das alles mag man als eine Sonderbarkeit bezeichnen. Aber Katsch selber sagt ja, und zwar mit vollem Recht, daß das heutige Saargebiet sui generis, d. h. ein Einzigartiges,

*) Dr. iur Hellmut Katsch, Referendar und Diplom-Volkswirt, Dresden: „Regierung und Volksvertretung im Saargebiet". Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, herausgegeben von der Leipziger Juristen-Fakultät, Hef 57. Verlag von Theodor Weicher, Leipzig 1930.

im Völkerrecht noch nicht Dagewesenes ist. Wenn ich den an der Saar geschaffenen Zustand benennen sollte, so würde ich sagen, er ist das Reaktionärste, was sich denken läßt, ein Rückfall in urzeitliche Barbarei. Er ist die völlige Abkehr vom modernen Recht auf Selbstbestimmung. Daran ändert auch nichts, daß der Saarbevölkerung nach 15 Jahren der Entrechtung die Abstimmung für 1935 versprochen wird.

Katsch ist der Ansicht, daß man mit der Servitut-Theorie nicht zu einer befriedigenden Lösung der Frage gelangen könne. Das erscheint doch wohl möglich. Wenn das heutige Saarrecht seinen Ursprung aus dem Anspruch Frankreichs auf materielle Entschädigung für die Zerstörung der nordfranzösischen Bergwerke genommen hat, so soll man auf dieser Rechtsbasis stehen. Die Saarfrage ist in Versailles als eine Reparationsangelegenheit behandelt worden. Also ergibt sich klar und deutlich, daß schon heute die Saargruben und mit ihr die zur Sicherung der Grubenausbeutung aus der deutschen Staatsverwaltung herausgehobene Saarbevölkerung zurückgekehrt sein müßte. Denn die nordfranzösischen Gruben sind längst wiederhergestellt. Außerdem: im Young-Plan ist das ganze Reparationsproblem bekanntlich endgültig gelöst. Damit ist zum zweitenmal die Saar von uns zurückerworben. Daß der Saarbevölkerung die Abstimmung über ihre spätere Zugehörigkeit zusteht, kann man ruhig in Kauf nehmen. Wir sind des Abstimmungsergebnisses sicher.

Mit aller Entschiedenheit betont Katsch und mit vollem Recht, daß das Saargebiet im rechtlichen Sinn kein Staat, also auch kein Subjekt des Völkerrechts ist. Man wird auch bestreiten müssen, daß es ein staatsähnliches Gebilde ist, da ihm die Souveränität fehlt, die beim Reiche ruht. Man tut gut, von dieser Auffassung kein Täpfelchen abzulassen. Man begegnet so am sichersten mit ungeschwächtem Rechtsbewußtsein dem französischen Mühen, aus dem Saargebiet ein autonomes Gebilde zu machen. Ein Gebilde, das fraglos nur so lange autonom sein würde, bis es der französische Staat ungehindert schlucken kann. Die Staatsbildungen auf rheinischem Boden in und nach der sogen. großen Revolution, die im napoleonischen Weltreich endete, sind eine abschreckende Warnung.

Das Saargebiet, das kein Staat ist, hat auch keine Verfassung im technischen Sinn. Da sind noch die alte Reichsverfassung von 1871 sowie die alten Verfassungsgesetze Preußens und Bayerns in Geltung, soweit sie nicht mit dem Versailler Vertrag und den späteren Gesetzesvorschriften der Regierungskommission in Widerspruch stehen. Das heißt: sie sind praktisch zum größten Teil unanwendbar geworden. An ihre Stelle als Staatsgrundgesetze sind die einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrags getreten. Diese „Verfassung" ist als Bestandteil eines völkerrechtlichen Vertrages der Abänderung durch die Legislative entzogen. Ergänzt werden ihre Vorschriften durch zahlreiche Beschlüsse des Völkerbundsrates und durch ein von der Regierungskommission im Wege der Praxis allmählich ausgebildetes Gewohnheitsrecht. Katsch formuliert die „verfassungsrechtlichen Grundsätze" so:

1. Die gesamte Regierungsgewalt ist konzentriert in der Hand der Regierungskommission.

2. Die Bevölkerung genießt zwar den Schutz gewisser Grundrechte und Institutionen, ist aber in staatsbürgerlicher Hinsicht nahezu rechtlos.

Gleichwohl, so fährt er fort, ist es unzutreffend, zu sagen, die Regierungskommission regiere gänzlich autokratisch, absolutistisch. Denn da die Regierungskommission — und zwar nur nach innen — nur Stellvertreterin des Völkerbundes als des Treuhänders ist, so übt sie nicht eigene, sondern fremde Rechte aus. Der Völkerbundsrat hat die Tätigkeit der Kommission zu kontrollieren. Leider läßt die Kontrollpraxis sehr zu wünschen übrig. Die Trennung der Gewalten ist im Saargebiet nicht durchgeführt. Die Regierungskommission hat die reinen Verwaltungs- wie die Gesetzgebungsbefugnisse und sogar Funktionen auch auf dem Gebiet der Rechtsprechung, insofern sie wichtige Bestimmungen des Saarstatuts authentisch interpretiert, somit also die Freiheit richterlicher Auslegung einengt.

Die Grundrechte der Bevölkerung sind nur unvollkommen geschützt. Die Einwohner haben ihre religiöse Freiheit, ihre Sprache und ihre Schulen, soweit ihre Kinder nicht durch wirtschaftlichen Druck in französische hineingepreßt werden. Sie behalten ihre Staatsangehörigkeit und das Recht, sie zu ändern; ebenso Rechte und Anwartschaften in der Sozialversicherung und in Rentenangelegenheiten; ferner die deutschen Zivil- und Strafgerichte; aber durch Einschiebung eines Obersten Gerichtshofs als letzter Instanz wird der Rechtsweg zum Reichsgericht abgeschnitten. Person und Eigentum sowie die Interessen der Bevölkerung im Ausland werden geschützt. Aber das Wahlrecht zum Reichstag sowie zu dem Preußischen und Bayerischen Landtag wird vorenthalten. Es bestand zunächst nur für die örtlichen Vertretungen, also Kreis- und Bezirkstage und Gemeindevertretungen.

Jedoch, das Saarstatut bestimmt: die Regierungskommission dürfe Aenderungen an den am 11. November 1918 geltenden Gesetzen und Verordnungen nur vornehmen „nach Aeußerung der gewählten Vertreter". Die Regierungskommission bezeichnete zunächst die Mitglieder der Kreis- und Bezirkstage sowie der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung als die gewählten Vertreter der Bewohner. Die Undurchführbarkeit des schwierigen Befragens von 8 verschiedenen Körperschaften mit insgesamt mehr als 200 Mitgliedern sowie das leidenschaftliche Drängen der Bevölkerung nach einer einheitlichen Vertretung führte 1922 zur Einrichtung des Landesrates. Dessen Mitglieder gelten seither als „gewählte Vertreter der Einwohner" und nehmen die erforderliche Begutachtung der Gesetzesentwürfe vor. Daneben wurde noch eine zweite Körperschaft errichtet: der sogen. Studienausschuß, eine Art „embryonale erste Kammer". Er besteht aus 8 Mitgliedern und einem Vorsitzenden, die sämtlich von der Regierungskommission ernannt werden. Auch seine Funktion ist rein gutachtlich, aber nicht einmal obligatorisch und daher gänzlich bedeutungslos geblieben.

Auch der Landesrat ist lediglich Gutachterorgan, am ähnlichsten vielleicht dem deutschen Reichswirtschaftsrat, aber mit noch weniger Befugnissen. Katsch führt die Vergleichung durch von den Generalräten der französischen Departements bis zu den Gutachterfunktionen Schweizer Gemeinden im 15. Jahrhundert und sagt dazu: „Es ist überaus bezeichnend, daß man bis zu den ersten Anfängen der Verfassungsbildung zurückgehen muß, um Beispiele für eine ähnliche beratende Funktion von Volksvertretern zu finden, wie sie dem Landesrate eingeräumt ist! Man ersieht daraus, welcher Rückschritt, politisch-staatsrechtlich gesehen, die Beschränkung der Saarbevölkerung auf die bloße Gutachterrolle bedeutet." Das ist dasselbe Urteil auf dem parlamentarischen Gebiet, das ich weiter oben für den gesamten Rechtszustand des Saargebiets gefällt habe. Es ist Reaktion in Hochpotenz!

Dann aber, wenn man im weiteren Verlauf der Darstellung von Katsch liest, wie sich der Landesrat im Bunde mit der öffentlichen Meinung der Saarbevölkerung Schritt für Schritt neue Betätigungsgebiete erobert, wie er im besonderen beim Völkerbund in Genf sich Ansehen und Geltung verschafft, dann möchte man rückschauend fast das Bedauern ausschalten, daß das Saargebiet nicht sofort eine wirkliche Volksvertretung erhalten hat. Nicht, als ob wir der tapferen Saarbevölkerung nicht wenigstens in dieser Richtung ihr Selbstbestimmungsrecht gönnten. Nicht, als ob wir sie dieses Rechtes nicht wert hielten. Aber sicher ist, daß das, was erstritten werden muß in unermüdlichem Ringen, so viel segensreicher wirkt. Die Kräfte stählen und stärken sich für den Endkampf der Volksabstimmung. Was bis dahin noch erkämpft werden muß, ist nach Katsch dieses: das Verfassungsrecht des Landestates für die Ernennung der saarländischen Mitglieder der Regierungskommission durch den Völkerbundsrat; Anhörung von Landesratsvertretern beim Völkerbundsrat; Revision der Landesratsverordnung und der Geschäftsordnung für den Landesrat; bestimmender Anteil des Landesrates an der Gesetzgebung und Mitwirkungsrecht bei der Beschlußfassung über den Etat; Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten mit der Regierungskommmission durch den Völkerbundsrat. Es ist unser aller Wunsch, daß diese Etappen nicht erst durchschritten zu werden brauchen, und daß das Saargebiet vor 1935 seine Sehnsucht nach Rückkehr in eine nicht mehr durch das Versailler Diktat im rheinischen Westen beschränkte Reichshoheit befriedigt sehen möchte. Das ist der Wunsch, mit dem wir das neue Jahr beginnen.

Um das Saargebiet

Aus einem Vortrage, gehalten von Oberregierungsrat Waldemar Moritz-Münster i. W. bei dem Winterfest der dortigen Ortsgruppe am 29. 11. 1930 *).

Mit großer Begeisterung haben Mitte dieses Jahres die Rheinlande in Anwesenheit unseres Reichspräsidenten durch eine große Kundgebung in Trier, welcher auch annähernd 30 000 Saarländer beiwohnten, die Befreiung von der feindlichen Besatzung festlich begangen. Alldeutschland freute sich mit ihnen. Und doch ist diese Freiheit eine nur sehr bedingte. Wie im Osten, haben wir auch im Westen des Reichskörpers noch immer zwei brennende Wunden, — dort Oberschlesien — zum Teil abgetrennt vom Reiche durch Gewaltspruch trotz einer deutschen ⅔-Mehrheit im Jahre 1920, und den allzeit untragbaren Korridor, — hier im Westen die entmilitarisierte Zone — des linken Rheinufers 50 km auf dessen rechten Ufer — und nicht zuletzt unser Saargebiet.

*) Der Verfasser war bis zum Kriegsende Landrat von Ottweiler (Saargebiet).

Wenn auch soeben die letzten französischen Soldaten, welche den sogenannten „Bahnschutz" verkörperten, die Saar verlassen haben, so bleiben doch nach wie vor die je länger je mehr drückenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Noch immer ist eine Bevölkerung von 800 000 deutschen Seelen unter der Oberhoheit des Völkerbundes einer landfremden Regierung von 5 Männern unterstellt, welche nur ein deutsches Mitglied zählt und im übrigen so gut wie ganz nach dem Willen Frankreichs schier autokratisch herrscht. Noch immer werden wie von Anfang an Gesetze und Verordnungen erlassen, zu welchen die parlamentarische Vertretung, der Landesrat, zwar sein Votum abgeben darf, auf welche er einen maßgebenden Einfluß aber nicht hat. Noch immer werden die deutschen Bergleute durch Androhung und Ausführung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen veranlaßt, ihre Kinder in die französischen Grubenschulen zu schicken, noch immer sind Koalitions- und Pressefreiheit bedauerlich geknebelt. Die wirtschaftliche Not steigt von Jahr zu Jahr. Abgewirtschaftete Gruben, starker Belegschaftsabbau, ungenügender Kohlenabsatz wegen Sperrung der Kohlenausfuhr nach Deutschland, eine ungesunde Zollpolitik nach Westen, wo Frankreich seine Grenze gegen saarländische Waren teilweise sperrt und eine gegenüber Deutschland rückständige Sozialversicherung bilden, kurz gesagt, die wirtschaftliche Signatur. Nur dadurch, daß Deutschland viele Millionen seinerseits an die Sozialversicherten im Saargebiet jährlich zahlen läßt, wird jene Versicherung überhaupt aufrechterhalten. Das nicht große Gebiet zählt zur Zeit 8000 Arbeitslose. Die Zahl wäre weit größer, wenn nicht alle im Saargebiet Arbeitenden von auswärts, die in Deutschland leben, rücksichtslos abgeschoben worden wären. Ein Lohnausfall von 45,5 Mill. Fr. im ersten halben Jahr hat Handel und Wandel im Saargebiet naturgemäß stark beeinflußt.

Die Aussichten für eine völlige Befreiung sind neuerdings stark verdunkelt worden durch das Scheitern der Saarverhandlungen im August d. J. — zufolge der französischen Intransigenz, mit welcher unerfüllbare Forderungen auf Beteiligung Frankreichs an den Saargruben gestellt wurden. Bekanntermaßen hat der Friedensvertrag sämtliche Gruben, sowohl die staatlichen, wie die der öffentlichen Körperschaften Frankreich zu restlosem Eigentum zugesprochen. Fällt die Abstimmung im Jahre 1935 zugunsten Deutschlands aus, so muß dieses die Gruben zum vollen Goldwerte zurückkaufen, welcher von Sachverständigen auf 300 Mill. GM. geschätzt wird. Deutscherseits wird für diesen Fall jede weitere Beteiligung Frankreichs an den Gruben, auch jede Privatisierung der letzteren abgelehnt. Höchst enttäuscht ist Briand jüngst aus Genf zurückgekehrt, weil der deutsche Reichsaußenminister dort rund heraus erklärt hat, daß auf dieser Basis keine weiteren Verhandlungen möglich seien. Die französische Regierung empfand dies um so schmerzlicher, weil Tardieu, der Vater des ganzen Saarregimes, der dieses im Jahre 1919 mitgeschaffen hat, sich stark für Rückgewinnung des Saargebiets eingesetzt und unter Billigung der Nation die überspannten Forderungen gestellt hat.

Ruhigere Politiker in Frankreich, welche die Unmöglichkeit einer Annektierung des Saargebiets einsehen, haben neuerdings den Plan gefaßt: das Saargebiet bleibt autonom, wird Pufferstaat gegen Deutschland und die Gruben können alsdann nach § 36 des Saarstatuts bei Frankreich verbleiben. Was aber wäre das Saargebiet ohne seinen wirtschaftlichen Machtfaktor, ohne seine Gruben, deren Ertrag erwiesenermaßen für ein Jahrtausend abbaufähig ist? — Ein wirtschaftlicher und politischer Torso. Wie soll das Land dann seine Bevölkerung ernähren, wie seinen Haushalt finanzieren ohne das wirtschaftliche Rückgrat? Der Vollständigkeit halber sei der Plan des Grafen de Fels, veröffentlicht in der „Revue de Paris", erwähnt, nach welchem das bis zum Jahre 1935 verbleibende bisherige Regiment des Völkerbundes dadurch verewigt werden soll, daß der letztere alsdann in das Saargebiet übersiedelt, um dort sein dauerndes Heim aufzuschlagen. Man könnte über diese politische Groteske lachen und über die Begeisterung der französischen Presse, sowie der französischen Militärs zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht merkwürdigerweise die übrige Welt außerhalb der beiden hauptbeteiligten Länder für die Wirkung solcher Geistesblitze empfänglich wäre. Sowohl in England, wie in Amerika hat der merkwürdige Vorschlag zum mindesten eine gewisse Beachtung gefunden.

Man soll Realpolitik treiben! Nach alledem und insbesondere nach der letzten großen Rede Tardieus, mit welcher er bis auf weiteres jede Möglichkeit einer Verständigung mit den großen östlichen Nachbarn auf den Schutthaufen warf, dürfen wir uns auch hinsichtlich des Saargebiets keinen großen Illusionen hingeben. Frankreich ist zäh, ist zielbewußt, diplomatisch schlau und ist — um mit seinem großen Landsmann Voltaire zu sprechen, „die grausamste Nation der Welt". Auch allen denjenigen von uns, welche eine Verständigung mit dem großen westlichen Nachbar wünschen möchten, dämmert nach den Vorfällen der letzten Zeit doch die zweifelnde Frage auf, ob der große Bismarck nicht letzten Endes Recht mit seinem Worte behält: „Mit Frankreich werden wir nie Frieden haben!" Und in die Rechnung muß vor allen Dingen eingestellt werden, welch eine Macht der die Regierungskommission im wesentlichen beherrschende französische Staat zur Zeit in diesem Gebiete hat, als Brotherr von 68 000 Bergarbeitern, die mit ihren Familien fast die Hälfte der ganzen Bevölkerung ausmachen, als Herr der Ein- und Ausfuhr, der Währung und schließlich der öffentlichen Kreditgebarung. Sind doch beispielsweise im Jahre 1928 von 225 Mill. im Saargebiet flüssig gewordener Gelder nur 3 Mill. dem Saargebiet selbst zugeflossen. Das ganze andere Kapital hat bei französischen Banken, 150 Mill. allein bei der Banque Nationale, gearbeitet.

Wenn Deutschland mit dem Saargebiet an sich auch, was die Abstimmung anbetrifft, in der Lage ist, die Zeit abzuwarten, — fast 100proz. wird und muß jene für Deutschland ausfallen! — so liegt eine möglichst baldige Rückkehr zur alten Heimat doch im dringenden Interesse des Landes. Versagt doch die französische Grubenverwaltung, wie Hermann Röchling soeben auf dem letzten Vertretertage des Bundes der Saarvereine in Dortmund betonte, je länger je mehr in technischer Beziehung. Und in dieser Richtung gerade hat der Staat Preußen ebenso wie mit seiner Bergmanns-Siedlungspolitik, Mustergültiges geleistet, so daß das gesamte Saargebiet, vom ersten Werkherrn bis zum letzten Bergmann in Dankbarkeit, wie Röchling sagte, die Forderung erhebt, daß die Gruben bedingungslos zum Staate Preußen und zu Bayern zurückkehren, das auch an dem Bergwerksbesitz beteiligt ist.

Stehen unserem Saargebiet nach alledem auch noch ernste Zeiten und schwere Kämpfe bevor, bis die Stunde der Freiheit schlägt, so bleibt doch die unerschütterliche Hoffnung und feste Zuversicht, daß die beiden deutschen Hauptforderungen: Rückkehr des Landes unter die volle Souveränität und Rückfall der Gruben an die früheren Besitzer sich erfüllen werden. Denn „als herrliches Aktivum leuchtet", wie der verehrte Vorsitzende des Bundes der Saarvereine es einst ausgedrückt hat, „aus dem wüsten Zusammenbruch hell strahlend von der Saar die deutsche Treue, die dort mit einer Zähigkeit einem Bekennermut sondergleichen festhält am deutschen Vaterlande". Noch ist in schönster Erinnerung das mannhafte Wort, das die Stadtverordnetenversammlung von Saarlouis im Jahre 1924 dem französischen Ministerpräsidenten zurief, als in Frankreich der Plan aufgetaucht war, das Saargebiet freizugeben, wenn Saarlouis mit 7 umliegenden Bürgermeistereien unter französische Hoheit träten, und das lautete:

> „Nichts in der Welt, keine materiell noch so glückliche Zukunft könnte uns die Liebe zu Deutschland aus dem Herzen reißen!"

Und so sei dem Hoffnungswunsche von Herzen Ausdruck gegeben, daß er sich bald noch vor 1935 erfüllen möge:

Das Saargebiet wieder frei — im freien Deutschen Reich!

Der deutsch-saarländische Warenaustausch Jan.-September 1930.

Die Ausfuhr von Erzeugnissen des Saargebiets nach dem Reiche steht nach den Angaben der Reichsstatistik über den auswärtigen Handel Deutschlands im Zeichen des Niedergangs der deutschen Wirtschaft. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres betrug diese Ausfuhr 1 479 176,6 Tonnen im Werte von 127 050 000 Mark gegenüber 1 811 322,3 Tonnen im Werte von 154 722 000 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die saarländische Ausfuhr nach dem Reiche ist somit der Menge nach um rund 18 v. H. und dem Werte nach ebenfalls um rund 18 v. H. zurückgegangen. Die Einfuhr von Waren aus dem Reiche in das Saargebiet zeigt zwar auch einen wenn auch viel geringeren Rückgang der Menge nach, weist aber dem Werte nach eine nicht unbeträchtliche Steigerung auf. Sie betrug der Menge nach im Jahre 1930 Januar/September 896 580,4 Tonnen gegenüber 992 663,4 Tonnen im Jahre 1929, also 96 083 Tonnen weniger = 9,7 v. H., dem Werte nach ist diese Einfuhr aber von 102 679 000 Mark im Jahre 1929 auf 120 235 000 Mark um 175 560 000 Mark = 16,5 v. H. im

Jahre 1930 gestiegen. Im einzelnen gestaltete sich dieser Warenaustausch wie folgt:

Ausfuhr aus dem Saargebiet nach dem Reiche:

	1930		1929	
	dz	Mark	dz	Mark
Lebende Tiere	45	43000	724	93000
Lebensmittel, Getränke	44701	1593000	15490	594000
Rohstoffe, halbf. Waren	10461864	39829000	12298173	44845000
Fertige Waren . . .	4285154	85573000	5798829	101174000
	14791764	127038000	18113216	146706000

Einfuhr aus dem Reiche ins Saargebiet:

Lebende Tiere	106803	12692000	10090	1443000
Lebensmittel, Getränke	223022	10915000	334572	11022000
Rohstoffe, halbf. Waren	8923251	25447000	9162562	29580000
Fertige Waren . . .	512728	71181000	419399	60502000
	9765804	120235000	9926623	102547000

Von dem Rückgang der Ausfuhr saarländischer Erzeugnisse nach dem Reiche sind hauptsächlich betroffen die Rohstoffe und halbfertigen Waren, von denen rund 84 000 Tonnen im Werte von 5 Millionen Mark weniger nach dem Reiche ausgeführt werden konnten. Bei den fertigen Waren wirkt sich der Rückgang noch schärfer aus, er beläuft sich auf rund 151 000 Tonnen im Werte von 23 Millionen Mark. Die Keramindustrie hat dabei einen Ausfuhrverlust um 1.2 Millionen Mark, die Glasindustrie um 1,9 Millionen Mark, die Eisenindustrie um 18 Millionen Mark und die Maschinenindustrie um 1,3 Millionen Mark zu verzeichnen.

Bei der Einfuhr aus dem Reiche fällt vor allem ins Gewicht die Zunahme der Einfuhr von fertigen Waren, die der Menge nach 21½ v. H. und dem Werte nach 16½ v. H. gegenüber dem Vorjahre beträgt. Beteiligt sind hieran besonders Textilien, Schuhwaren, Lederwaren, Möbel usw. Hieraus ist ersichtlich, daß die Aufnahme von fertigen Waren deutschen Ursprunges im Saargebiet ständig zunimmt trotz der heute noch bestehenden Zollschwierigkeiten, während im Gegensatz hierzu die französischen Waren erleichterten Zugang auf den Saarmarkt genießen. Da infolge Verringerung der Arbeiterzahl, Lohnsenkungen und Feierschichten die Kaufkraft im Saargebiet eine geringere geworden ist, muß der Rückgang der französischen Ware auf dem Saarmarkt noch ein viel größerer sein, als er aus diesen Zahlen herauszulesen ist. so daß also Frankreich trotz seiner gegenteiligen Behauptungen immer weniger Waren im Saargebiet abzusetzen vermag. Die Abkehr von den Waren französischen Ursprungs nimmt also immer größeren Umfang an.

Berücksichtigt man diese zuverlässigen Zahlen der deutschen Statistik, so sind völlig abwegig die Eindrücke, die erst vor kurzem unter dem Pseudonym „Trithemius major" ein Reiseschilderer im „Rheinischen Beobachter" von einem Besuche in Saarbrücken wiederzugeben sich bemüßigt hat, indem er schreibt, „daß die Geschäftsauslagen der Bahnhofstraße gefüllt seien mit schlechtester französischer Ausschuß- und Provinzware, „Franzosendreck" hierzulande genannt!" Ein bitteres Unrecht konnte man wahrlich der deutschen Kaufmannschaft in Saarbrücken, die, wie die Zahlen der Reichsstatistik klar ausweisen, der deutschen Ware einen immer größeren Spielraum einräumen, gar nicht antun, als es in dieser leichtfertigen Eindrucksschilderung geschieht, und der „Trithemius major" des „Rheinischen Beobachters" braucht gar nicht so erheblich von der Schriftstellerin abrücken, die vor Jahren vom Saargebiet einmal als von einem „Schlaraffenland" geschrieben hat. Seine Eindrücke sind wahrlich nicht höher zu werten, denn er widerspricht sich auch selbst, wenn er einige Zeilen später davon schreibt: „daß die zahlungskräftigeren Kreise aus dem benachbarten Lothringen in Saarbrücken die soliden guten deutschen Waren einkaufen". Also doch wohl in denselben Geschäften, die nach diesem famosen Beobachter ihre Schaufenster gefüllt haben „mit schlechter französischer Ausschuß- und Provinzware". Diesen Widersinn mag der „Rheinische Beobachter" selbst aufklären. Auf derselben Höhe steht es, wenn der Reiseschilderer hier bei seinem flüchtigen Besuche festgestellt haben will, „daß die Saarländer ein besonderes genußfreudiges Völklein seien, deren Lebenshaltung erheblich höher als im Reiche sei!" Also doch ein Schlaraffenland das Saargebiet! Und wenn er die Saarländer nach einem Besuche im Reiche feststellen läßt, „daß vieles im Reiche doch erheblich teurer sei!", dann hat er hier im Saargebiet wieder seine Augen geschlossen gehalten. Beim Bier wollen wir's noch gelten lassen, wenngleich der Unterschied an der Quantität gemessen gar nicht ins Gewicht fallen kann, aber sonst wird ein aufmerksamer Beobachter zu anderen Resultaten gelangen. Kann uns Saarländern mit solch schiefen Schilderungen gedient sein? Gewiß nicht. Die Not ist hier kaum geringer als im Reiche, und uns da noch eine erheblich höhere Lebenshaltung als im Reiche anzudichten, kann nur verbitternd wirken und man muß es als Unsinn bezeichnen, Phrasen von dem „billigen Saargebiet" im Reiche zu verbreiten und falsche Auffassungen zu kolportieren. Wer es wirklich ehrlich mit dem Saargebiet meint, kann hiergegen nur entschieden protestieren.

Die Zahlen der Reichsstatistik erweisen, wie stark der wirtschaftliche Niedergang im Reiche sich auf unsere Produktion auswirkt, das kann natürlich nicht ohne Einfluß auf die breitesten Bevölkerungsschichten im Saargebiet bleiben, da unsere Saarwirtschaft zum erheblichsten Teile auf den deutschen Markt angewiesen ist, auf der anderen Seite sehen wir, welch erhebliches Interesse auch die deutsche Wirtschaft am Saarmarkt hat. Hier zeigt sich die innige Verflechtung des Saarlandes mit dem Reiche und ernste Politiker haben sich dafür einzusetzen, die Rückgliederung des Saargebiets zum Reiche mit sichern zu helfen. Dilettantische Schreibereien gehören nicht in den Bereich der zu wertenden Mithilfe, die wir im Reiche unseren um ihr Deutschtum kämpfenden Brüdern und Schwestern im Saargebiet zu leisten haben.

Kleine politische Umschau

Grüße aus dem Reiche für das Saargebiet.

Auf die von der Reiterstafette vom Saargebiet übermittelten Grüße an die Ziel-Städte im Osten des Reiches sind folgende Antworten eingetroffen. Die Stadt Tilsit beantwortete den Gruß Saarbrückens wie folgt:

„In tiefer Nacht hat die Reiterstafette unter dem Schein lodernder Fackeln uns Ihre Botschaft überbracht als einen Lichtstrahl im Dunkeln unseres Schicksals, als freudige Gewißheit, daß getrenntes Land nicht vergessenes Land ist, daß geraubtes Land nicht verlorenes Land sein darf. Dem treuen Saargebiet sei bald die Befreiung vom fremden Joch errungen. Die Stadt Tilsit."

Die Hauptstadt Masurens, Lyk, hat als Antwort auf die der Reichs-Reiter-Stafette übergebene Treuebotschaft der Stadt Saarbrücken folgendes Telegramm geschickt:

Die Hauptstadt Masurens empfängt mit froher Begeisterung Ihre Botschaft. Unsere Hoffnung auf baldige deutsche Freiheit des Saargebietes ist ebenso stark wie unsere glühende Sehnsucht nach dem Verschwinden des polnischen Korridors. Der Magistrat.

✣

Zum Abzug des Bahnschutzes.

Anläßlich des Abzuges des Bahnschutzes aus dem Saargebiet ist von der Stadt Karlsruhe das folgende Glückwunschschreiben bei der Stadt Saarbrücken eingetroffen:

Zu dem bedeutungsvollen geschichtlichen Ereignis des Abzugs der letzten fremdländischen Besatzung — des Bahnschutzes — aus dem deutschen Saargebiet entbiete ich Ihnen, Ihrer Stadt und dem gesamten Saarlande namens der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe die herzlichsten Glückwünsche. Möge dieses Ereignis für unser liebes Saarland und seine treudeutschgesinnte Bevölkerung ein weiterer heller Lichtblick in eine bessere und glücklichere Zukunft sein, und mögen die heißen Wünschen des heldenmütigen Saarvolkes nach endgültiger Rückkehr zum deutschen Vaterlande recht bald in Erfüllung gehen!

In freundnachbarlicher Gesinnung und mit kollegialem Gruße Ihr Dr. Finter, Oberbürgermeister.

✣

Ehrung von Arbeiter-Jubilaren.

Als ein Zeichen guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Saargebiet ist der vielfach geübte Brauch der Ehrung von Arbeiter-Jubilaren zu bezeichnen. So fand dieser Tage auf der Vereinigten Vogeliussche und Wentzelsche Glashütte in St. Ingbert eine solche Ehrung von Veteranen der Arbeit statt, bei der Dr. von Vogelius darauf hinwies, daß die Firma die langjährige Mitarbeit ihrer Beamten und Arbeiter hoch schätze und würdige. Es wurden dann überreicht: für 50jährige Dienstzeit eine goldene Uhr nebst namhaftem Geldgeschenk an Valentin Lorenz-Sulzbach;

für 25jährige Dienstzeit je eine silberne Uhr an August Müller, Ludwig Nips, Bernhard Dilk, Johann Meyer, Rudolf Leßmeister, Ernst Roschel, Johann Nelz, Fritz Rathmacher, Hermann Ahrens, Emil Scholler, Otto Gaß, Peter Schmidt. Ein herzliches Glückauf der Firma und ihrer treuen Mitarbeiterschaft! — Auf der Grube Sulzbach fand aus Anlaß ihrer 40jährigen Berufstätigkeit in Anwesenheit der gesamten Beamtenschaft und unter Mitwirkung der Bergkapelle die Ehrung der Arbeitsveteranen Emil Dörr, Steiger, Mohrhardt, Maschinist, Leibfried, Schmiedemeister, Jakob Schorr, Anschläger, Daniel Klein II, Schießmeister, alle Sulzbach und Ludwig Liebergall, Bergmann, Neuweiler, statt. Jedem der Jubilare wurde eine goldene Uhr überreicht. — Auf der Hallberger Hütte in Brebach wurde für 34 Werksjubilare eine besondere Feier veranstaltet, wobei die Jubilare mit je 25 Dienstjahren eine Uhr mit Widmung, und diejenigen mit 50 Dienstjahren je ein namhaftes Geldgeschenk erhielten.

✣

Lehrerverein und Franzosenschule.

Der katholische Lehrer-Verein Merzig beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage, ob ein an der französischen Schule beschäftigt gewesener Lehrer in den Verein aufgenommen werden könne. Es handelte sich um einen Lehrer, der, wie er angab, anderwärts keine Stellung finden konnte und daher mehr aus Not in den Dienst der französischen Schule getreten war. In der Aussprache über den Fall wurde entschiedener Widerspruch gegen die Aufnahme erhoben, da sich eine ganze Anzahl von Junglehrern in derselben Notlage befunden und vorübergehend anderweit Unterkommen in der Industrie oder sonstiger Bürotätigkeit gesucht hätten. Die Versammlung schloß sich dem Verfahren des Lehrer-Verbandes „Saar-Pfalz" an, wonach Lehrer, die an französischen Schulen tätig waren, grundsätzlich nicht aufgenommen werden. Der Antrag des Gesuchstellers wurde daher abgelehnt und ihm anheimgestellt, sich nach 1935 wieder um die Aufnahme zu bewerben.

Kleine Tageschronik

Saarbrücken. Im Alter von 53 Jahren ist hier plötzlich nach einer schweren Operation der Kaufmann Hubert Overbeck gestorben. Der Verstorbene gehörte zu den führenden Kaufleuten Saarbrückens, die den Aufschwung von Handel und Wandel in großzügiger Weise gefördert haben. Geschäftliche Umsicht und Tüchtigkeit machten sein Konfektionshaus zu dem führenden Unternehmen seiner Branche, das durch strenge Reellität das Vertrauen einer großen Kundschaft genoß. Als Mitbürger genoß Herr Overbeck allgemeine Hochschätzung seines aufrichtigen lauteren Charakters wegen. — Die Pfarrgemeinde St. Elipius in Burbach beging den frohen Festtag der Einweihung ihres Volkshauses St. Elipius. Der nun vollendete Bau ist ein sichtbares Zeichen des Gemeinschaftsgeistes. Pfarrer Schellenbach ging mit großem Selbstvertrauen an die Ausführung des vom Architekten Pfitzer-Saarbrücken zur Verfügung gestellten Planes. Da die Mittel nur knapp waren, fanden sich über 100 Männer, die freiwillig am Bau tätig waren. Der Architekt leitete die Arbeiten selbst; langsam schritt der Bau vonstatten, die Zahl der Helfer schrumpfte zwar zusammen, aber 25 hielten aus, bis das Haus vollendet war, das in seinem Hauptteile einen Saal mit Bühne für 1200 Personen enthält. Die Räume für geselliges Beisammensein sind vorhanden, ein Volkshaus, das der Gemeinde zum Segen dienen wird. An der festlichen Weihe des Hauses nahmen auch die Vertreter der Kirche und der Stadtverwaltung teil. — Die hier neugegründete Schützengesellschaft übernahm am letzten Sonntag die alten Fahnen der Schützengesellschaften von 1858 und 1886 als Symbol, im Geiste dieser Gesellschaften die alte Schützentradition fortzuführen. Die Uebergabe fand auf dem Neumarkt statt. Zahlreiche Schützengesellschaften aus der Nachbarschaft hatten sich hierzu eingefunden. In einem stattlichen Festzuge wurden die Fahnen dem Vorsitzenden der neuen Schützengesellschaft zugeführt. Der neuen Gesellschaft haben sich schon zahleiche Mitglieder angeschlossen, so daß man nun dazu übergehen kann, den Schießsport zu pflegen. Zu diesem Zwecke sollen die früheren Militärschießstände entsprechend ausgebaut werden.

Klarenthal. Der Plan zur Erbauung einer Kirche für unsere evangelische Gemeinde ist hier wieder aufgenommen worden, nachdem durch fleißige Sammlungen und durch Genehmigung einer inneren Anleihe für den Kirchenbau angemessene Mittel zur Verfügung stehen. Um die Baukosten zu verringern, haben sich eine Anzahl von Gemeindemitgliedern zur Verfügung gestellt, die ohne Entgelt die Erdarbeiten ausführen und auch weiterhin ihre Bauhilfe zur Verfügung stellen wollen.

Sulzbach. Auf Anregung des Pastors Dr. Rech wurde hier am Weihnachts-Heiligabend um 9½ Uhr vom Turm der katholischen Kirche eine Weihnachts-Serenade veranstaltet, die von der Bürgerschaft mit vielem Beifall aufgenommen wurde. — Auf eine fünfzigjährige Tätigkeit im Krankenhilfsdienst kann hier die Schwester M. Augustin im St. Annakloster zurückblicken. In den Dienst als Krankenschwester trat sie vor 50 Jahren in Dudweiler, war später als Oberin in den Klöstern Piesport, Tholey und Nalbach tätig, gegenwärtig wirkt sie als Assistentin im hiesigen St. Annakloster. Ihren Beruf im Dienste der Nächstenliebe hat sie in diesem langen Zeitraum mit großer Aufopferung ausgeübt. — Für Verdienste um die Sache des Roten Kreuzes wurde hier folgenden Frauen das Verdienstkreuz des Roten Kreuzes verliehen: Frau Bick-Dudweiler, Frau Beyer-Brebach, Frau Dahlheimer-Brebach, Frau Huber-Fischbach, Frau Lausch-Altenwald, Frau Perizonius-Völklingen, und Frau Siebentopf-Gersweiler; dieselbe Auszeichnung erhielten die Herren Kuhn-Ludweiler, Dr. Kroeber, Heilstätte Sonnenberg und Sparkassendirektor Schultes-Völklingen.

Neunkirchen. Die hiesige Freiwillige Sanitäts-Kolonne zeichnete folgende Angehörige der Kolonne für Verdienste um die Aufgaben der Kolonne aus: Ehrenkolonnenarzt, Oberregierungs- und Medizinalrat Dr. Schmidt, Ehrenkolonnenführer, Stadtoberdesinfektor Cornelius und Ehrenmitglied Stegmann mit einer Urkunde. Das Ehrenzeichen des Roten Kreuzes für 25jährige Dienstzeit nebst einer silbernen Uhr mit Widmung erhielten Jacob Schröder, Matthias Bohn, Peter Dorrenbecher, Otto Schiestel und Christian Scheffler; das Ehrenzeichen des Roten Kreuzes für mehr als zehnjährige Dienstzeit die Sanitäter: Brocher, August Heinz, Heinrich John, Philipp Koch, Lekrom, Septimus und Karl Wengler.

Merzig. Aus Lebensüberdruß sprang hier ein 15jähriges Mädchen in die Saar, das aber bald nach Hilfe rief, als es bereits am Untergehen war. Der in der Nähe weilende Tischlerlehrling Peter Meyer aus Hilbringen sprang schnell entschlossen in das Wasser, und es gelang ihm noch unter eigener Lebensgefahr das Mädchen vor dem sicheren Tode des Ertrinkens zu retten. — Die hiesige Seifenfabrik von Gebr. Wagner kann auf ein seltenes Geschäftsjubiläum zurückblicken. Das Unternehmen, das lange Zeit seinen Sitz in Lockweiler hatte, ist im Jahre 1826 gegründet worden, besteht also schon über 100 Jahre. Im Jahre 1880 wurde die Firma nach Merzig verlegt, wo sie jetzt das 50jährige Bestehen feiern kann. Bei der Feier, die die Firma veranstaltet hatte, fand auch eine Ehrung des Prokuristen Molter, der fast 30 Jahre, und des Arbeiters John. Wächter, der 40 Jahre in Diensten der Firma steht, statt.

Ihn. Seinen 90. Geburtstag beging im benachbarten Rammelfangen der dortige Einwohner Hoen, der sich aus diesem Anlaß mit seinen beiden Brüdern hatte photographieren lassen. Alle drei Brüder sind Altersveteranen der Garde. Eine Aufnahme war dem Reichspräsidenten von Hindenburg vorgelegt worden, der allen drei Brüdern sein Bild mit Unterschrift aushändigen ließ. Diese Gabe hat natürlich bei den alten Gardisten große Freude ausgelöst.

St. Ingbert. Wie der Bürgermeister Dr. Schier in seinem Rückblick auf die Verwaltung der Stadt im vergangenen Jahre hervorhob, hatte St. Ingbert als Rückwirkung der traurigen Sparkassenangelegenheit in den letzten beiden Jahren einen Existenzkampf ohne gleichen zu führen. Doch ist es jetzt gelungen, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, das wieder einen besseren Ausblick für die Zukunft ermöglicht. Die Schuldsumme von 7 Millionen Reichsmark konnte danach auf ein Drittel herabgesetzt werden. Der auf die Stadt entfallende Anteil wird in zwölf Jahren abgetragen und damit die Sparkassenangelegenheit restlos überwunden sein. Die Gläubiger werden zu 100 Prozent befriedigt werden. Auch die der Stadtverwaltung auferlegte Aufsicht ist wieder aufgehoben worden, da die Regierungs-Kommission in Rücksicht auf die nun geregelten Verhältnisse der Stadt St. Ingbert beschlossen hat, die besondere Staatsaufsicht aufzuheben und St. Ingbert die Selbstverwaltung in finanzieller Hinsicht wieder zurückzugeben. So ist es also doch gelungen, unserer vorwärtsstrebenden Gemeinde wieder bessere Aussichten zu sichern. — Dem Sohne des hier wohnenden Glasmachers Rudolf Klingel, Paul Klingel, wurde für die unter eigener Lebensgefahr bewirkte Errettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens durch die deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft die silberne Medaille nebst Ehrenurkunde übermittelt. — Eine Stiftung von 100 000 Franken machte hier zu Weihnachten die Brauerei Becker ihren Angestellten und Arbeitern, indem sie der Betriebspensions- und Hilfskasse ihres Personals die genannte Summe überwies. Die von der Firma dieser Kasse zugeführten Mittel belaufen sich bereits auf 650 000 Franken.

Ensheim. Für seine Verdienste um die pfälzische Landwirtschaft wurde hier dem Landwirt Peter Unterſteller vom Landwirtſchaftlichen Verein in Bayern die kleine ſilberne Vereinsdenkmünze nebſt Urkunde verliehen.

Mittelbexbach. Der Bergmann Nikolaus Eckert von hier, der ſich an den Rettungsarbeiten auf der Grube Maybach mit Auszeichnung beteiligt hatte, iſt nachträglich ſelbſt ein Opfer dieſer Hilfsbereitſchaft geworden. Infolge einer kleinen Fleiſchwunde, die er nicht beachtet hatte, hat ſich bei ihm eine Blutvergiftung entwickelt. Sein Zuſtand iſt leider ſo bedenklich, daß Eckert in ein Krankenhaus überführt werden mußte. Hoffentlicht gelingt es, ihn am Leben zu erhalten.

Perſonalnachrichten.

***150jähriges Bergmannsjubiläum des Oberſteigers Peter Schmidt, Reden.**

Am 13. Dezember 1880, hat Herr Oberſteiger Peter Schmidt zu Reden, Inhaber des Verdienſtkreuzes für Kriegshilfe, ſeine erſte Schicht auf der Saargrube Gerhard verfahren. Fünfzig arbeitsreiche Jahre dient der Jubilar in vorbildlicher Treue, Gewiſſenhaftigkeit und Geradheit dem Saarbergbau. Nach Abſolvierung der Bergſchule beſtand er im Jahre 1890 an der Hauptbergſchule zu Saarbrücken das Examen als Werksbeamter mit der Note: Recht gut. Somit konnte er ſchon im Laufe d. J., und zwar am 31. Auguſt auf eine vierzigjährige Beamtenzeit zurückſchauen. Im Beginn ſeiner Beamtentätigkeit war Herr Schmidt auf Grube Altenwald und ab 1892 auf Grube Gerhard als Steiger tätig. Ende 1899 beſtand er das Fahrſteigerexamen und wurde 1900 Fahrſteiger auf Grube Reden. 24 Jahre ſtellte Herr Schmidt ſeine ganze Kraft in den Dienſt dieſer Zeche. Auch führte er am 2. Juli 1906 den erſten Spatentiſch bei dem heutigen Emſenbrunnenſchacht II aus, deſſen Abteufung ihm auch übertragen war. Bei dem großen Grubenunglück auf Grube Reden am 28. Januar 1907, da 150 brave Bergleute durch Exploſion ſchlagender Wetter den Tod fanden, fuhr er in heldenmütiger Unerſchrockenheit mit ſeinem damaligen Steiger, Herrn Leonardy, und dem damaligen Wetterſteiger, Herrn Spreuer, als erſter in den Unglücksſchacht ein, um den verunglückten Arbeitern Rettung zu bringen. Ebenſo ſtellte er ſich bei dem vergangenen Unglück in Maybach zur Verfügung.

✣

*** Bauwerkmeiſter i. R. Ernſt Debusmann-Elversberg 75 Jahre alt.** Am 5. d. M. feiert der ehemalige Bauwerkmeiſter der Grube Heinitz, Herr Ernſt Debusmann, ſeinen 75. Geburtstag. Er wurde als Sohn des Oberſteigers Debusmann in Gersweiler geboren. Seine Studien führten ihn zur Bauakademie nach Berlin und zur Baugewerkſchule nach Höxter. Nachdem er auf den Saargruben Reden, Friedrichstal und Püttlingen tätig geweſen war, wurde er 1894 Bauwerkmeiſter in Heinitz. Dort wirkte er bis zur Übernahme der Bergwerke durch die Franzoſen. Zwei Drittel der Bergwerksanlagen der Grube Heinitz wurden unter ſeiner Leitung um- und neugebaut. Lange Jahre war er Mitglied des Gemeinderates in Neunkirchen und des Presbyteriums der evangeliſchen Gemeinde Elversberg. Um die Hebung der Bienenzucht in den Kreiſen Ottweiler und St. Wendel hat er ſich große Verdienſte erworben. Stets hat ſich Herr Debusmann als aufrechter deutſcher Mann gezeigt. Wir wünſchen ihm im Kreiſe ſeiner Kinder noch eine ſtattliche Reihe von Lebensjahren in der bisherigen geiſtigen und körperlichen Friſche mit herzlichem Glück auf!

Hohes Alter. Ihren 80. Geburtstag feierte in Herrenſohr die Witwe Karl Schönfelder ihren 89. Geburtstag die Witwe Eva Adradt in Sulzbach — ihren 84. Geburtstag die Witwe Johanna Kuhn in Wittersheim. In Rimsbach beging der penſ. Hüttenarbeiter Nikolaus Boſch ſeinen 87. Geburtstag. Boſch iſt ein Veteran aus den Feldzügen von 1866 und 1870/71, die er im Infanterie-Regiment Nr. 30 mitgemacht hat — ſeinen 83. Geburtstag beging der Gaſtwirt Johann Georg Gabler in Niederlinxweiler, ſeinen 70. Geburtstag der penſ. Bergmann Johann Wittling in Ottweiler.

Die goldene Hochzeit feierten die Eheleute Ludwig Ludt u. Luiſe geb. Hofmann in Fechingen — der penſ. Hüttenarbeiter Jakob Schmidt u. Frau Katharina geb. Koch in Wirbelskirchen.

✣

Todesfälle. Saarbrücken: Frau Maria Meyer geb. Schuh, 49 Jahre, Karl Ludwig, genannt Chriſtian Faul, 76 Jahre; Frau Katharina Hottenrott geb. Fillmar, 73 Jahre; Johann Feller, 58 Jahre; Mathäus Morio, 72 Jahre; Frau Wwe. Margarete Kunz geb. Bock, 80 Jahre; Jakob Hartmann; Miniſterial-Oberamtmann Chriſtian Biehl, 51 Jahre; Heinrich Schmidt, 58 Jahre; Eiſenbahnamtmann Maximilian Schötſchel 57 Jahre; Verputzmeiſter Johann Türnetz, 74 Jahre; Frau Johann Trampert, Joſephine geb. Hower, 67 Jahre; Frl. Katharina Blaß; Hubert Overbeck, 53 Jahre; Wilhelm Kaiſer, 62 Jahre; Sattler Hermann Mayer, 37 Jahre; Schreiner Johann Mathias Schneiders, 21 Jahre; Bürogehilfe Walter Britz, 16 Jahre, Kellner Friedrich Karl Sachs, 42 Jahre; Johanna Katharina Angel, 27 Jahre. — **Klein-Blittersdorf** (früher **Hentern**): Lehrerin i. R. Frl. Katharina Hilgert, 74 Jahre. — **Geislautern:** Frau Wwe. Franz Major, Maria geb. Marquis, 68 Jahre. — **Ludweiler:** Frau Philipp Röller, Sophie geb. Röller, 65 Jahre. — **Völklingen:** Frau Berta Chall geb. Hahn, 66 Jahre; Keſſelſchmied Philipp Kiſſel, 54 Jahre. — **Heusweiler:** Frau Margarethe Heimes geb. Rettenwald, 79 Jahre. — **Püttlingen:** Konrektor i. R. Wilhelm Füldner, 65 Jahre. — **Herrenſohr:** Frau Katharina Pfeiffer geb. Weißgerber, 64 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Mathias Mühlen, Maria geb. Wilhelm, 62 Jahre; Frau Wwe Jakob Haas, Anna geb. Zimmermann, 71 Jahre. — **Friedrichsthal:** Schreinermeiſter Philipp Schlarpp, 68 Jahre; Joſef Heinz, 44 Jahre; Frau Wilhelmine Müller geb. Kurz, 94 Jahre. — **Bildſtock:** Jakob Sattler, 84 Jahre; Frau Jakob Becker, Eliſabetha geb. Klos, 53 Jahre. — **Spieſen:** Frau Wwe. Magdalena Friedrich geb. Woll, 81 Jahre. — **Hühnerfeld:** Peter Meynle, 51 Jahre. — **Neuweiler:** Frau Peter Geibel, Amalie geb. Geiß, 40 Jahre. — **Merchweiler:** Frau Wwe. Chriſtian Schlicker, geb. Luiſe Schröder, 76 Jahre; Caſétier Wilhelm Alger, 74 Jahre. — **Neunkirchen:** Frau Anna Marie Klein geb. Wittemann, 64 Jahre; Willi Bruchhaus, 38 Jahre; Heinrich Limbach, 59 Jahre; penſ. Hüttenarbeiter Friedrich Jenewein 58 Jahre; Reſ.-Lokomotivführer i. R. Wilhelm Bonner; Frau Maria Serwene geb. Gärtner, 69 Jahre. — **Wiebelskirchen:** penſ. Maſchinenwärter Jakob Jung, 74 Jahre; penſ Bergmann Reinhold Alt, 56 Jahre; penſ. Grubenſchloſſer Hermann Bäſel, 57 Jahre. — **Welleſweiler:** penſ. Bergmann Ernſt Biehl, 58 Jahre. — **Ottweiler:** Frau Wilhelmine Kuntz geb. Preſſer, 69 Jahre; Frau Paul Hupperich, Luiſe geb Wiegand, 23 Jahre; Frau Maria Feit geb. Veith, 73 Jahre. — **Kirrberg:** Reinhold Duppe, 26 Jahre. — **Dillingen:** Frau Wilhelm Anton geb. Anna Ernenwein, 41 Jahre; Gerſ Alkan, 81 Jahre; Frl. Katharina Grandmontagne, 84 Jahre. — **Ballern:** Landwirt Johann Jakob Entinger, 75 Jahre. — **Ensdorf:** Frau Jakob Altmaier, geb. Paula Rech, 25 Jahre. — **Lisdorf:** Peter Fritz, 60 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Emil Kunaer, Eliſabeth geb. Emmrich, 22 Jahre. — **Fraulautern:** Frau Wwe. Johann Reiter, Marg. geb. Körner, 72 Jahre. — **Beſſeringen:** Stephan Lang, 29 Jahre. — **Merzig:** Georg Schreder, 79 Jahre; Adolf Baum, 80 Jahre. — **Mettlach:** penſ. Fabrikbeamter Joſef Kleber, 75 Jahre; Frau Nikolaus Berg, Marg. geb. Maas, 70 Jahre. — **Weiskirchen:** Gaſtwirt Johann Joſten, 69 Jahre. — **Erbach:** Johanna Kopp geb. Ruffing, 37 Jahre. — **St. Ingbert:** Frau Anna Heß geb. Schuh, 27 Jahre; Johann Bauer, 53 Jahre; Frau Wwe. Karoline Tillmann geb. Hegemann, 88 Jahre; Karl Peter, 25 Jahre. — **Homburg:** Frl. Dorothea Eyriſch, 26 Jahre; Eliſabeth Schulde geb. Anſelm, 54 Jahre; Näherin Anna Maria Fremgen, 23 Jahre; Frau Katharina Bauer geb. Banuat, 64 Jahre; Frau Emilie Rudy geb. Hofmann, 73 Jahre; Straßenwärter Philipp Scheuermann, 57 Jahre; Luiſe Eleonore Prollius, 17 Jahre. — **Rohrbach:** Frau Anna Stolz geb. Schwarz, 55 Jahre — **Bliesmengen-Bolchen:** Oberſekretär a. D August Stoeppler, 73 Jahre. — **Waldmohr:** Frau Berta Jung geb. Gockeis 49 Jahre; Frau Katharina Roth geb. v. Blon, 40 Jahre. — **Saargemünd:** Anna Schweiſtal, 78 Jahre. — **Baumholder:** Pfarrer und Definitor Joſeph Pfeiffer.

Nicht nur Rhein, ſondern auch jetzt Saar und Rhein werde frei!

Vom Bund der „Saar-Vereine"

* **Der Leipziger Techniker-Verein** veranstaltete kürzlich im Vereinslokal Panorama einen gut besuchten Saar-Abend. Der erste Vorsitzende, E. Steinbach, begrüßte die Erschienenen und wies auf den Zweck der Veranstaltung hin, dem noch immer unter französischer Gewalt und Zollherrschaft stehenden deutschen Saarlande die Verbundenheit mit ihm und die Unterstützung im Kampfe um seine Freiheit zum Ausdruck zu bringen. Wie sehr die französische Machtherrschaft das Saarland bedrücke, das bekunde allein der systematisch betriebene Raubbau an Kohle, der gegenüber 13 Millionen Tonnen im Jahre 1913 heute weit über 20 Millionen betrage. Zur Vorführung gelangte dann ein interessanter Film „Das deutsche Land an der Saar", der den Zuschauer in das Gebiet des Kohlenbergbaues, der Eisen-, Glas- und chemischen Industrie führte und mit diesen Stätten reicher Bodenschätze die wirtschaftliche Bedeutung des Saarlandes wirksam veranschaulichte. Der erste Vorsitzende des Saar- und Pfalzvereins, Sester, und der Präsident des Saarländischen Landesrats, Scheuer, St. Ingbert, dankten dem Verein für die mit dieser Veranstaltung bekundete Anteilnahme an den Bedrängnissen des Saarlandes.

---

* **Neugründung der Ortsgruppe Obernkirchen.** Nachdem die Saarverhandlungen in Paris endgültig als gescheitert zu betrachten sind und nur noch die Saarabstimmung als letztes — vielleicht bestes Mittel — in Frage kommt, soll die ehem. Ortsgruppe Obernkirchen wieder ins Leben gerufen werden. Als erster Versammlungstag kommt der 3., 4., 10. oder 11. 1. 1931 in Frage, am besten um 7 Uhr abends. Versammlungsort: „Ratskeller Obernkirchen". Wer sich an der Versammlung beteiligen möchte, soll seinen passendsten Tag angeben, damit bei der endgültigen Bestellung die Mehrzahl berücksichtigt werden kann. Vorgeschlagen wird der 10. 1. 1931, weil dies 1935 der Abstimmungstag ist.

***Die jüngste Ortsgruppe Wiesbaden.** Nun ist auch eine Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine in der alten Bäderstadt Wiesbaden von einer Anzahl Landsleute, die im Vereinslokal „Turnerbund" beim Landsmann Honecker versammelt waren, gegründet worden. Da die Bedingungen des Versailler Vertrages dahin zielen, das Saargebiet für immer vom deutschen Reichsgebiet loszutrennen, verfolgen die bereits in fast allen größeren deutschen Städten bestehenden Saarvereine den Zweck, das hierdurch gefährdete Deutschtum im Saargebiet zu erhalten und zu kräftigen. Insbesondere gilt es, die Wiedervereinigung des Saargebiets mit seinem Mutterlande durch die im genannten Vertrag für das Jahr 1935 vorgesehene Abstimmung zu sichern. Ferner haben sich die Vereine die Pflege der Landsmannschaft und die Liebe zur schönen — leider im Mutterlande viel zu wenig als solcher bekannten — Saarheimat zur Aufgabe gemacht. In der Gründungsversammlung wurde zunächst ein Schreiben der Geschäftsstelle Saar-Verein in Berlin verlesen, in dem die Gründung freudigst begrüßt und verschiedene für die Gründung wichtige Mitteilungen gemacht wurden. Mit besonderer Freude wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß der Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein" in Berlin, der von seiner Heimatscholle vertriebene und um die Erhaltung deutscher Art im Saarlande sehr verdiente Verwaltungsdirektor Theodor Vogel zugesagt hat, in einer der nächsten Versammlungen einen Vortrag zu halten. Unter allseitiger und begeisterter Zustimmung wurde die neue Ortsgruppe im blühenden Kranze der Saarvereine aus der Taufe gehoben. Der erste Vorstand setzt sich aus den nachbenannten Herren zusammen: Bergrat Otto Müller, Wiesbaden, Mainzerstraße 27, 1. Vorsitzender, Bergbeamter i. R. Peter Josef Meyer, W.-Rambach, Haus Waldeck, 2. Vorsitzender, Kaufmann Karl Huber, Wiesbaden, Göbenstraße 10, Schriftführer und Schatzmeister. Der gewählte Vorstand führt die Geschäfte zunächst bis zur Generalversammlung, die in einem der ersten Monate des neuen Jahres stattfinden soll. Die regelmäßigen Vereinsabende finden am ersten Mittwoch eines jeden Monats statt, und zwar im angegebenen Vereinslokal „Turnerbund" (Honecker), Schwalbacherstraße 8.

* **Die Vereinigung Saardeutscher Studierender an den Hochschulen zu Bonn** veranstaltete am 17. Dezember, abends, im großen Saale der „Mensa academica" einen „Abend bei den Saarländern", der den aus durchsichtigen Gründen anwesenden Franzosen aufs Neue gezeigt haben dürfte, daß „Deutsch die Saar ist immerdar". Es war ein zwangloses Beisammensein der „Bonner Saarländer", das ungewollt zu einer machtvollen Kundgebung für das Deutschtum im Saargebiet auswuchs. Die sympathische Begeisterung, in der die Saarländer diesen schönen Abend verbrachten, hatte nicht zuletzt ihren berechtigten Grund in der von allen Deutschen langersehnten und herzlich begrüßten Tatsache, daß vor wenigen Tagen Frankreichs „Bahnschutz", eines der bekannten Mittel zur „friedlichen Durchdringung", das Saargebiet verlassen hat. Es war allerdings nur eine halbe Befreiungsfeier. Denn frei wird die Saar erst 1935, wenn die Abstimmung Frankreich vor aller Welt bloßstellen wird. Der ausgezeichnete Vortrag des cand. rer nat. Braun aus Saarbrücken, der eines größeren, vor allem nichtsaarländischen Hörerkreises würdig war, über „Das deutsche Saarland" gab einen eingehenden Ueberblick über die Entwicklung im Saargebiet, das über eine längere Zugehörigkeit zum Deutschtum stolz sei als z. B. Schlesien und Mecklenburg. Besonderes Interesse fanden die ausführlichen Darlegungen über die französischen Versuche, eine reindeutsche Bevölkerung zwangsweise einer anderen Rasse anzupassen und zu unterwerfen. Auf dem Gebiete des Schulwesens war Frankreich ein willkommenes Mittel in der anfangs fakultativen, dann obligatorischen Einführung der französischen Sprache gegeben. Die Ueberzeugung von dem deutschen Stolz und Kern des Saarländers wußte der Redner schließlich dadurch sehr anschaulich zu erwecken, indem er die ergreifende Jahrtausendfeier im Saargebiet als eines der wenigen erfreulichen Ereignisse in dem mit Naturschätzen so reich bedachten Grenzland berichtete. Ein Ausblick auf die industriellen Entwicklungsmöglichkeiten nach der Wiedervereinigung und ein aufrichtiges Treuegelöbnis zum deutschen Vaterlande bildeten einen ausgezeichneten Schluß des Vortrages, den einige gute Lichtbilder vom Saargebiet, seiner Industrie und landschaftlichen Schönheit, ergänzten. Das aus Studenten gebildete Orchester bemühte sich zusammen mit einem Quartett der Ortsgruppe des Saarvereins Bonn mit großem Erfolg um die Ausfüllung des offiziellen Teils mit Musik- und Gesangsvorträgen und fand auch großen Beifall, als es im gemütlichen Teile für Tanzunterhaltung beitrug.

---

* **Der Saarverein Herne** hatte am Sonntagabend, 20. Dezember, im Franziskaner eine sehr gut besuchte Versammlung, in der 2 neue Mitglieder aufgenommen werden konnten. Ueber das Programm der Weihnachtsfeier am 26. Dezember gab der Vorsitzende Paulus Aufschluß. Ueber die in Dortmund am 7. d. M. stattgefundene Vertretersitzung des Bundes der Saarvereine erstattete der Delegierte Bericht. Anschließend hielt der Schriftführer Korst einen Vortrag über den Stand der Saarfrage, dem wir nachstehendes entnehmen: Die Politik Frankreichs bezüglich der Saarfrage steuert einem neuen Kurs zu, eine von zahlreichen Publizisten des In- und Auslandes festgestellte Tatsache. Aus den salbungsvollen Friedenstiraden französischer Minister und Politiker hört man immer mehr den drohenden Unterton: „Frieden ja, aber wie wir ihn verstehen". Frankreich fühlt sich militärisch, wirtschaftlich und finanziell jeder europäischen Macht überlegen. Das muß vorausgeschickt werden, um zu verstehen, wie außerordentlich schwerwiegend die veränderte Saarpolitik Frankreichs ist. In Genf wiederholte sich das Schauspiel, das wir vor und während des Ruhrkrieges erlebt haben, daß nämlich die alliierten Mächte das Versailler Diktat nur dann als bindend und verpflichtend anerkennen, wenn es sich um deutsche Verpflichtungen handelt. Frankreich will, das kann nicht oft und deutlich genug der deutschen Oeffentlichkeit gesagt werden, aus dem Saargebiet ein französisches Bollwerk für seine Expansionspolitik nach dem Osten machen. Man will das Saargebiet aus militärischen Gründen als vorgeschobene Position gegen Deutschland in Händen haben. Deshalb die überstarke Propaganda im Ausland für eine Saarautonomisierung, oder in letzter Zeit für ein Völkerbundsterritorium. Man hat auch in Deutschland noch Phantasten, die in der Schaffung eines Völkerbundsstaates eine befriedigende Lösung der Saarfrage sehen. Für uns entsteht die Frage, was zu tun ist, um dieser französischen Propaganda wirkungsvoll entgegenzutreten. Die Vertretertagung in Dortmund habe sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Wir denken in diesen Tagen mit Grauen und nationaler Empörung an den polnischen Terror in Oberschlesien. Was heute sich im Saargebiet abspielt, sind die warnenden Vorzeichen eines zweiten Oberschlesienbetrugs. Gerade in der Saarfrage darf es angesichts der Gefahren für Deutschlands Zukunft und für den europäischen Frieden kein Kompromiß geben. Es kann und darf nur eine Lösung geben: Volksabstimmung und Ziehung der Grenzen nach dem einheitlichen Willen der Bevölkerung, kein Abtreten eines Fußes deutschen Bodens. Der Vortrag, an den sich eine lebhafte Aussprache anschloß, wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Posselt, Berlin-Wilmersdorf. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW 11.

Wichtig! **Wichtig!**

Das Bücherangebot

	RM.
Das Saargebiet, seine Struktur, seine Probleme, von Professor Dr. Kloevekorn	15,—
Die deutschen Grenzlande, von Dr. M. H. Boehm Ganzleinen (zu beziehen vom Verlag R. Hobbing, Bln. SW 61, Großbeeren Straße 17)	15,—
Geschichte des Saargebiets, von Professor Ruppersberg	10,—
Regierung und Volksvertretung im Saargebiet, von Dr. jur. H. Katsch (zu beziehen durch Verlag Th. Weicher, Leipzig)	9,50
Das schöne Land an der Saar, von Keuth, Direktor des Saarheimatmuseums. 2. Folge	8,—
Saarländische Volkskunde, von Dr Foz	8,50
St. Ingbert und seine Vergangenheit, von Studienrat Dr. Krämer	6,—
Saarkalender 1931 (die bisher erschienenen Jahrgänge, außer denjenigen von 1926, können nachgeliefert werden)	1,70
Deutsch die Saar immerdar — Helft die deutsche Saar befreien, von Th. Vogel	1,50
Saarliederbuch des Bundes der Saarvereine, zusammengestellt von Th. Vogel	0,50
Die Großindustrie des Saargebietes, von J. Kollmann	0,50
Frankreich und das Saargebiet im Spiegel der Geschichte, von Professor Meister	0,50
Rettet das Saarland, von Stegemann	0,50
The League of Nations and the Saar, von Harold G. Villard	1,—
Das deutsche Land an der Saar, Sonderdruck aus Jahrbuch Deutschland 1928, von Th. Vogel	unentgeltl.
Kompetenzregelung zwischen Völkerbundrat und Saarregierung, von Josef M. Goergen	1,85
Frankreichs Saarpolitik, eine Saarinterpellation im Bayerischen Landtag	1,50
Frankreichs Saarpolitik, eine Saarinterpellation im Preußischen Landtag	0,50
Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft, von O. Andres	0,50
Die Saarlüge, von Giersberg	unentgeltl.
Das Saargebiet und die Frankenwährung	unentgeltl.
Aus Saarbrückens Vergangenheit, von Professor Dr. Dr. Wiese	unentgeltl.
Grundlagen des Rechts im Saargebiet, von O. Andres	4,—
Die Saarfrage, von O. Andres	1,50
Die Volksabstimmung im Saargebiet, von Josef M. Goergen	3,—
Das Saarknappschaftsgesetz, von M. Karius	1,—
Frankreichs Fundamentalirrtum im Saargebiet, von J. M. Goergen	1,50
Führer durch Saarbrücken	unentgeltl.
Saarsondernummer der Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde e. V. Juli 1929	4,—
Sondernummer der Rheinischen Heimatblätter, März 1929	2,—
Heimatbilder, II. Teil, von Buchleitner	1,—
Anklage und Widerlegung, ein Taschenbuch zur Kriegsschuldfrage	unentgeltl.
Sondernummer der Zeitschrift Technik und Kultur über das Saargebiet	unentgeltl.
Die Kontrolle des Völkerbundes über die Tätigkeit der Regierungskommission des Saargebiets, von Dr. Groten	3,—
Der Kampf um die deutsche Saar, v. Dr. Cartellieri	unentg.
Saargebiet, von Dr. H. Wehberg	0,60
Beschreibung eines Saar-Steinkohlenbergwerkes nebst zugehöriger Zeichnung, von P. H. Kuhn	1,25
Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, von Dr. Fischer	1,50
Die französisch. Dominialschulen im Saargebiet, Denkschrift der 3. Lehrerkammer für das Saargebiet, leihweise	
Das Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens u. des Vertrags von Versailles leihweise	
Karte des Saargebietes	unentgeltl.
Das Saargebiet im Friedensschluß, dreisprachig, von Dr. Frank	leihweise
Die Saar ist deutsch und — bleibt deutsch! Sonderdruck aus Jahrbuch Deutscher Wille 1930 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel	unentgeltl.
The Region of the Saar	unentgeltl.
Verschiedene Saarlieder mit Noten	je 0,50
Wentzsche Ansichtspostkartenserie „Unser Saarland". 60 Karten	6,—

Als Vortragsmaterial drei fertig ausgearbeitete Vorträge:

a) **Deutsches Land an der Saar,** von R. Posselt . unentgeltl.
b) **Das deutsche Saargebiet,** von O. Andres . . unentgeltl.
c) **Freiheit für die Saar,** von O. Pick . . . . unentgeltl.

Lichtbilderserien mit 108 Lichtbildern aus Landschaft, Industrie und Geschichte des Saargebietes, mit Erläuterungen stehen ebenfalls leihweise zur Verfügung.

Besonders erwähnt sei die Zeitschrift „Saar-Freund" mit der illustrierten Monatsbeilage „Saarheimatbilder" zum monatlichen Bezugspreis von 0,50 RM. Die anläßlich der einzelnen jährlichen Tagungen herausgegebenen Festnummern des „Saar-Freund" enthalten außerdem hochbedeutsame, zum Teil grundlegende Beiträge zur Saarfrage. Sämtliche „Saar-Freund"-Festnummern, mit Ausnahme der von 1928, können zum Stückpreis von 0,50 RM. bezogen werden.

der

Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW. 11, Stresemannstraße 42

hat allseitig größte Beachtung gefunden!

Sehen auch Sie unser Verzeichnis durch.

Helfen Sie uns bei der Verbreitung der wichtigen Aufklärungsschriften

und

vergessen Sie nicht, auch Ihre Bibliothek zu vervollständigen!

Das Jahrbuch des Saargebietes

der **Saarkalender 1931** ist erschienen und in allen Buch- und Papierhandlungen für 10 Fr. erhältlich. Er wird allen, wie stets, auch diesmal willkommen sein als der ungeschminkte Ausdruck der Heimatsstimmung in bedrängten Tagen. Die volkstümliche Art, sein vielseitiger, fesselnder Inhalt auf den Gebieten der Politik, der Unterhaltung und des saarländischen Humors sichert dem Buche eine freudige willkommene Aufnahme.

Die Chronik ist durchgeführt bis zum August d. Js. und gibt trotz gedrängter Kürze ein lebensvolles Bild bedeutungsvoller Schicksalstage der Saar. Wichtige, bisher völlig unbekannte Akte treuer vaterländischer Gesinnung unserer Altvorderen verleihen dem Saarkalender 1931 einen ganz besonderen Reiz.

Von Saarländern aufgezeichnete Erinnerungen ernster und heiterer Zeit lassen die Heimatliebe aufleuchten. In reicher Fülle erscheint daneben der humoristische Teil. Er zeigt bei dem anerkannten Arbeitsernst des Reichswestwinkels den unbezwinglichen Frohsinn und eine seltene Lebensfreude unseres Grenzstammes.

Das ganze Werk ist gearbeitet, unseren Nachfahren ein wahres, klares und damit zugleich ehrenvolles Bild aus der Notzeit der Fremdherrschaft zu überliefern. Es darf in keiner Familie fehlen und wird überall, daheim und in der Fremde, einen Ehrenplatz behaupten.

Verlag Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken 1.

Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle „Saar-Verein" entgegen.

Jeder Deutsche muß Mitglied des „Bundes der Saar-Vereine" sein!

Anmeldungen bei der

Geschäftsstelle

„Saar-Verein", Berlin SW 11

Stresemannstraße 42

als Einzelmitglieder oder bei den überaus zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches — —

Der Saarländer-Stammtisch in Berlin

findet nur noch **allmonatlich einmal, und zwar jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant „Zum Heidelberger", Friedrichstraße 143/49** (Parlamentzimmer) statt. Die nächste Zusammenkunft ist am **Mittwoch, den 14. Januar 1931, abends 8¼ Uhr.** Alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin Freunde unserer Organisation und Saarländer, die sich vorübergehend in Berlin aufhalten, sind herzlichst eingeladen

---

Inserieren Sie im Saar-Freund!

Sie werden Ihren Geschäftsumsatz vergrößern!

1/1 Seite RM 190.-	RABATT bei mehrmaligem Erscheinen	
1/2 Seite RM 100.-		
1/4 Seite RM 55.-		
1/8 Seite RM 28.-	3 × = 10%	
1/16 Seite RM 14.-	6 × = 25%	
1/32 Seite RM 7.-	12 × = 33⅓%	